

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Katholische Grundsätze für Schule und Erziehung Die Fuldaer Bischofskonferenz hat im vergangenen Jahr Richtlinien zur Frage von Schule und Erziehung für alle katholischen Eltern, Erzieher, Seelsorger und Lehrer, aber auch für die im Fürsorgebereich Tätigen sowie die katholischen Männer und Frauen des öffentlichen Lebens erarbeitet. Die Richtlinien sind in einer 16seitigen Kleinbroschüre von der Bischöflichen Arbeitsstelle für Schule und Erziehung (Köln, Marzellenstraße 32) unter dem Titel „Katholische Grundsätze für Schule und Erziehung“ herausgegeben worden.

Im folgenden geben wir einen Aufriß der Richtlinien, der ihre Bedeutung für alle Jugenderzieher leicht erkennen läßt. Die Richtlinien gliedern sich in zwei Teile: Schule und Erziehung, und: außerschulische Erziehungsstätten.

Im ersten Teil wird über die Rechte und Pflichten der Eltern in der Erziehung im allgemeinen gehandelt. Das Elternrecht ist Naturrecht, das Elternrecht existiert kraft göttlichen Auftrags, das Erziehungsziel ist von Gott gesetzt. Das Kind hat daher ein Recht darauf, daß es für Gott, nicht aber ohne Gott oder gar im Widerspruch zu Gott erzogen wird. Das natürliche Recht der Eltern ist im Bonner Grundgesetz wie auch in einer Reihe deutscher Länderverfassungen anerkannt. Ebenso spricht es die Konvention der Menschenrechte (UN) klar aus.

Bezüglich der Schule haben Eltern, Staat und Kirche Rechte. Elternhaus und Schule stellen eine erzieherische Einheit dar. Die Eltern haben daher das Recht und die Pflicht, den religiösen und erzieherischen Charakter der Schule zu bestimmen. Der Staat hat ein Recht in der Erziehung der Jugend „vermöge der ihm übertragenen Gewalt, das irdische Gemeinwohl zu fördern“ (Pius XI. am 31. 12. 29). Der Staat darf verlangen, daß sich seine Bürger im notwendigen Interesse des Gemeinwohles hinreichend körperlich und geistig ausbilden. Er hat auch das Recht, einzugreifen, wo die Gefährdung des Kindes es verlangt. Die Kirche hat ein Mutterrecht an den Kindern, denn sie hat ihnen in der Taufe das übernatürliche Leben geschenkt. Im Vollzug ihrer göttlichen Sendung entscheidet die Kirche als vollkommene Gesellschaft selbständig über die Mittel, mit denen sie die Menschen zum Glauben und zu ihrem letzten Ziele führt. Da die Schule hierfür von großer Bedeutung ist, hat sie das Recht, Forderungen an alle von katholischen Kindern besuchten Schulen zu stellen und auch selbst Schulen einzurichten.

Das katholische Schulideal

Nach katholischer Auffassung muß die Gesamterziehung des Kindes in Familie und Schule von katholischem Geiste durchdrungen sein. Deshalb muß katholischer Glaube nicht nur im Religionsunterricht der Schule, sondern auch in den übrigen Lehrfächern zur Geltung kommen. Der Unterricht muß daher von einer katholischen Lehrerpersönlichkeit getragen sein, sie muß sich im Unterricht voll auswirken können. Zwischen Elternhaus, Schule und Kirche muß eine wirkliche Einheit bestehen.

Die Schätze des katholischen Glaubens, die Geschichte der Kirche, ihre Liturgie, Kirchenjahr und Brauchtum müssen in der Schule uneingeschränkt vermittelt werden. Da ferner die Pflege des sakramentalen Lebens und des

Gebetes ein Hauptanliegen der Erziehung sein muß, wird verständlich, weshalb nur die katholische Schule dieses katholische Schulideal verwirklichen kann. Dabei ist es selbstverständlich, daß bei einer solchen Erziehung, die das Gewissen des Kindes von früh auf formt, das Kind zu einem verantwortlichen Glied von Volk und Staat erzogen wird. Es ist Erfahrungstatsache, daß die Bildungserfolge in der Bekenntnisschule zumindest nicht geringer sind als an irgendeiner anderen Schule und daß der konfessionelle Friede durch die Bekenntnisschule nicht gefährdet ist. Wenn eine Schule, dann erzieht die katholische Schule bewußt zur Ehrfurcht vor dem Gewissen anderer. Der Grundsatz der Bekenntnisschule wird vor allem für das Volksschulwesen vertreten:

1. weil alle Kinder laut Gesetz bis zum 14. Lebensjahr diese Schule besuchen müssen, soweit sie die Eltern nicht auf weiterführende Schulen schicken,
2. weil das Kind in diesem Alter noch zu wenig selbständig in Urteil und Entscheidung ist,
3. weil die Volksschule mehr als alle anderen Schulen nicht nur Anstalt zur Vermittlung von Wissen, sondern Erziehungsschule ist und sein muß und in ihr das katholische Kind als christliche Gesamtpersönlichkeit nach allen seinen Fähigkeiten gebildet werden muß,
4. weil eine erfolgreiche religiöse Erziehung und überhaupt jede Erziehung besonders auf dieser Stufe einen Erzieher mit einer gefestigten Weltanschauung voraussetzt, der die Möglichkeit hat, sie in seiner ganzen Haltung zu offenbaren. Dies ist für katholische Kinder nur in einer katholischen Schule gewährleistet.

In Deutschland haben die katholischen Eltern darüber hinaus noch ein besonderes Recht auf die katholische Volksschule:

1. weil diese sich in den meisten deutschen Ländern geschichtlich als Bekenntnisschule entwickelt hat,
2. weil sie als öffentliche oder private Schule in vielen deutschen Ländern durch Verfassung und Gesetz und für alle Länder durch das Reichskonkordat gewährleistet ist,
3. weil Abstimmungen eindeutig bewiesen haben, daß die katholischen Eltern in überwiegender Mehrheit diese Schule für ihre Kinder verlangen.

Auch für die Schulformen außer der Volksschule, so betonen die Richtlinien, ist die bekenntnismäßige Gestaltung Norm und Maß. Die Tatsache, daß die bestehenden katholischen privaten höheren, mittleren, berufsbildenden und fachlichen Schulen das besondere Vertrauen der katholischen Eltern besitzen, beweist, daß die katholischen Eltern die Verwirklichung des katholischen Schulideals im gesamten Schulwesen für richtig halten. Das alte Wunschziel der deutschen Katholiken, eine katholische Universität mit sämtlichen Fakultäten zu gründen, sollte weiterhin zielbewußt angestrebt werden.

Die staatliche Volksschule und das katholische Schulideal

In Deutschland hat sich das Volksschulwesen überwiegend als öffentliches bzw. staatliches Schulwesen entwickelt. Solange in fast allen deutschen Ländern die staatliche Volksschule Bekenntnisschule war, konnten sich die Eltern und die Kirche damit abfinden. Staatlicher Schulzwang in Verbindung mit staatlicher Zwangsschule bedeutet jedoch — abgesehen von der Verletzung des Erziehungsrechts der Kirche — eine Entrechtung der Eltern, die nur dann nicht in ihrer ganzen Schwere empfunden wird, wenn die staatliche Schule in ihrem religiösen und er-

zieherischen Charakter den Forderungen der Eltern entspricht, die aber unerträglich wird, wenn dies nicht der Fall ist. Der Staat muß — entsprechend einer Reihe Länderverfassungen, dem Bayerischen Konkordat wie dem Reichskonkordat — nach dem Willen katholischer Eltern katholische Volksschulen einrichten und die bestehenden erhalten. Die im Konkordat angeführte Voraussetzung, daß ein geordneter Schulbetrieb durchführbar sein müsse, wird auch durch eine nicht- oder weniggegliederte Schule erfüllt. Die praktische Erfahrung hat das bewiesen. Weder Staat noch Parteien dürfen das unveräußerliche Recht der Eltern einschränken.

Die freie, sogenannte private Schule

Der Staat muß die Möglichkeit zur Einrichtung und Erhaltung freier, privater Schulen geben. An sich ist die Schulfreiheit die dem Schulwesen naturgemäße Lösung; bei vielen Völkern ist sie eine Selbstverständlichkeit. Von dem Recht, Schulen zu errichten, können u. a. Gebrauch machen die Kirche, die Ordensgenossenschaften, die Eltern bzw. die von ihnen gebildeten Gemeinschaften. Wo dabei freien (privaten) Schulen gleiche Aufgaben wie öffentlichen Schulen zukommen, haben sie einen Rechtsanspruch auf die Zuteilung öffentlicher Mittel. Für die Eltern, die ihre Kinder in diese Schulen schicken, dürfen die Schul-lasten nicht verdoppelt werden. Die Verpflichtung des Staates, den Eltern die Durchführung dieser Schulen wirtschaftlich zu ermöglichen, geht seinem Recht vor, von ihnen Steuern für staatliche Schulen zu verlangen. Da die Eltern nach der jetzigen Rechtslage durch ihre Steuerzahlungen zwangsläufig zum Unterhalt der Staatsschulen beitragen, entspricht die genannte Forderung auf Zuteilung von öffentlichen Mitteln für private Schulen dem Grundsatz der Gerechtigkeit.

Die Lehrerbildung

Die katholische Volksschule steht und fällt mit dem katholischen Lehrer. An katholischen Schulen müssen solche Lehrer wirken, die geeignet und gewillt sind, den Lehrerberuf aus ihrer katholischen Überzeugung heraus auszuüben. Die Lehrer für die katholischen Schulen müssen deshalb die entsprechenden fachlichen, charakterlichen und glaubensmäßigen Eigenschaften aufweisen, die für die erzieherische und unterrichtliche Tätigkeit an katholischen Schulen Voraussetzung sind, und die dazu notwendige Ausbildung erhalten. Diese kann nur auf einer katholischen Lehrerbildungsstätte gewährleistet werden. Die Beseitigung der katholischen Lehrerbildung würde den Anfang der Vernichtung der Bekenntnisschulen auf kaltem Wege bedeuten.

Der Religionsunterricht

Der katholische Religionsunterricht wird im Namen und Auftrag der Kirche erteilt und muß deshalb in allen Schulen bekenntnismäßig und in Übereinstimmung mit den Lehren und Forderungen der katholischen Kirche erteilt werden.

Die sogenannte Gemeinschaftsschule

Über die „Gemeinschaftsschule“ stellen die Richtlinien fest: Die Gemeinschaftsschule kann nie das katholische Schulideal erfüllen. In der Gemeinschaftsschule werden den katholischen Kindern die besten Werte katholischer Schulerziehung vorenthalten... Der katholische Lehrer fühlt sich beengt... Er muß

schweigen, wenn seine Seele ihn zum Reden drängt. Die Gemeinschaftsschule fördert den für die Religion so gefährlichen Geist des Indifferentismus und birgt wegen ihres Mangels an einer einheitlichen und somit ganzheitlichen Erziehung die Gefahr in sich, dem jungen Menschen den für das Leben so notwendigen inneren Halt zu versagen. Außerdem wird gerade in der Gemeinschaftsschule die Verschiedenheit der Konfessionen deutlich, wenn nämlich im Religionsunterricht die Schüler einer Klasse aufgeteilt werden, wenn die nicht einheitlichen Festtage in das Bewußtsein der Kinder treten, wenn in Fächern wie Geschichte, Erdkunde, Biologie, Naturkunde Fragen der Kinder unbeantwortet bleiben oder falsch beantwortet werden oder auf den Religionsunterricht verwiesen werden müssen...

Die sogenannte Gemeinschaftsschule, wie sie vielerorts heute erstrebt wird, ist zwar angeblich neutral. Tatsächlich ist sie jedoch keine bekenntnismäßig neutrale Schule, sondern selbst eine Art Bekenntnisschule oder Weltanschauungsschule, weil ihr die Anschauung von der Gleichgültigkeit des religiösen Bekenntnisses zugrunde liegt. Zudem ist noch eines nicht zu übersehen: Weil die sogenannte christliche Gemeinschaftsschule nicht aus ihrem Wesen heraus die Kraft des religiösen Glaubensbekenntnisses im Gesamterziehungswerk der Schule zur Geltung kommen lassen will, läßt sich die Entwicklung zur rein weltlichen Schule auf die Dauer schwerlich aufhalten... Selbst die Tatsache, daß katholischer Religionsunterricht erteilt wird, macht die Gemeinschaftsschule noch nicht für den Besuch katholischer Kinder geeignet, weil der übrige Unterricht und die Erziehungsgrundlage prinzipiell katholische Grundsätze ausschließen.

Die Kirche fordert deshalb die Einrichtung von Konfessionsschulen (can. 1373 und 1379 CIC) und duldet den Besuch von nichtkatholischen Schulen nur, wenn die Durchführung des katholischen Schulideals praktisch unmöglich bzw. der Besuch einer katholischen Schule auf Grund der Verhältnisse nicht möglich ist (vgl. can. 1374 CIC).

Die Koedukation

Nach grundsätzlicher katholischer Erziehungslehre sollen wenigstens mit Beginn der Reife Jungen und Mädchen auf der Schule getrennt erzogen werden, weil auch in der Schule für jedes Geschlecht eine eigenständige Erziehung und Bildung notwendig sind. Für die Erziehung zu echter Männlichkeit und echter Weiblichkeit ist die Distanz der Geschlechter von Bedeutung. Die Kirche verwirft vor allem jene Begründung des Koedukationssystems, die im naturalistischen Sinne die Folgen der Erbsünde nicht wahrhaben will. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis auf die Familie falsch, weil einmal in der Schule die Blutsverbundenheit der Familie fehlt, zum anderen wird die geschlechtliche Eigenart der Jungen und Mädchen in der Familie ständig von selbst berücksichtigt, während in der Schule — das hängt mit der Institution zusammen — sich leicht das Gesetz der Nivellierung auswirkt. Abschließend wird im ersten Teil der Richtlinien zu vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Priestern aufgefordert.

Die außerschulische Erziehung

Die Richtlinien stellen fest, daß neben der Schule heute auch von der geordneten Familie zahlreiche andere Erziehungsstützen in Anspruch genommen werden. Ihre

Inanspruchnahme befreit die Eltern jedoch niemals von der Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder. Wo sie in Anspruch genommen werden, gilt für sie alle der Grundsatz: für katholische Kinder katholische Einrichtungen.

Das wird von den Richtlinien dargetan am Beispiel des Kindergartens bzw. des Kinderhortes, der Erholungs- und Heilfürsorge, der Heilbehandlung für Kinder mit körperlichen und geistigen Defekten, für Lehrstellen, Lehrlingsheime und Jugendwohnheime, bei Berufswahl und Wahl der Arbeitsstelle, für Jugend-, Betriebs- und Standesorganisationen sowie für Jugendheime und Anstalten der „offenen Tür“.

Zusammenfassend stellen die Richtlinien fest, daß von diesen außerfamiliären Einrichtungen heute häufig unter dem Druck der Verhältnisse Gebrauch gemacht werden muß. Doch ist diese Entwicklung, die zu einer weitgehenden Verlagerung der Erziehung vom innerfamiliären zum außerfamiliären Raum führt, nicht nur aus dem Drang der Verhältnisse zu erklären. Das wird vor allem an jenen Müttern deutlich, die einem Erwerbsberuf nachgehen, obwohl keine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit sie dazu zwingt. Die Eltern zeigen sich heute mit erschreckender Leichtigkeit dazu bereit, in ihrer Sorge und Erziehungspflicht gegenüber ihren Kindern sich durch dritte Personen oder außerfamiliäre Institutionen vertreten zu lassen. Sie haben die Pflicht, von ihrer Freiheit in der Bestimmung der Einrichtungen Gebrauch zu machen, denen sie ihre Kinder anvertrauen können; ferner solche Einrichtungen zu wählen, die einen katholischen Träger haben und in denen die einheitliche religiöse Erziehung ihrer Kinder gewährleistet ist.

Die gleichen Grundsätze gelten selbstverständlich auch für alle Fragen der Erziehungsberatung, der Eheberatung und der Berufsberatung sowie für die Erziehung und den Aufenthalt der Kinder, die aus ungeordneten oder zerrütteten Familien kommen oder die wegen Gefährdung besondere erzieherische Hilfe notwendig haben. Selbst wenn die Behörden für diese Kinder die Kosten tragen, können sie nicht nach fachlichem Gutdünken allein entscheiden. Jugendamt, Wohlfahrtsamt, Fürsorgeerziehungsbehörde können hier die letzte Entscheidung nur treffen, wenn die Erziehungsberechtigten es ohne Gegenwehr geschehen lassen oder es versäumen, selbst die Entscheidung zu fällen.

Elternrecht und Elternpflicht legen den Eltern auch die Verantwortung auf, die christliche Erziehung ihrer Kinder für die Zeit nach ihrem evtl. frühen Tode zu sichern. Auch gesunde Eltern sollten, besonders bei der heute ständig zunehmenden Gefahr des plötzlichen Unfalltodes, frühzeitig einen zuverlässigen, überzeugten Katholiken benennen, dem im Falle ihres Todes die Erziehung ihrer Kinder ruhig anvertraut werden kann. Dieser Rat gilt noch mehr für einen bereits alleinstehenden Elternteil.

Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit: deutsche Bilanz 1956 Noch in keinem Jahr deutscher Geschichte war das Ausmaß und der Umfang von Lohn- und Gehaltserhöhungen so groß wie 1956. Elf Millionen Beschäftigten, das sind zwei Drittel aller Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik und West-Berlins, kamen tarifliche Neuabschlüsse zugute, die eine durchschnittliche Lohnerhöhung von über 6 % ergaben. Gleichzeitig ist bei vollem Lohn-

ausgleich bei etwa einem Drittel aller Beschäftigten die Wochenarbeitszeit verkürzt worden und liegt dabei nun meistens bei 45 Stunden und freiem Samstag. Weitere Tarife sind gekündigt (u. a. Eisenbahn, Post, Landwirtschaft) und werden in der Neufassung nochmals für Millionen von Beschäftigten die gleichen Vergünstigungen bringen. Das Jahr 1956 brachte freilich auch einen anderen, weniger erfreulichen Rekord: den seit Kriegsende längsten Streik, bei dem es in der schleswig-holsteinischen Metallindustrie um längeren Urlaub, zusätzliche Urlaubsgelder und vollen Lohnausgleich im Krankheitsfall geht. Bei diesem Streik ist bei Redaktionsschluß, nach vierteljähriger Dauer und rund 300 Millionen DM Produktionsausfall, noch kein Ende abzusehen.

Trotz allen vorausgegangenen Dementis der Unternehmer war die Wirtschaft imstande, die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durch Produktionssteigerung auszugleichen und ohne Strukturschwierigkeiten zu tragen. Die Hochkonjunktur ist entgegen allen Erwartungen und allen Dämpfungsmaßnahmen noch höher geklettert, Industrieproduktion und Export haben neue Rekorde erreicht, die DM ist zu einer echten Weltwährung geworden (dem US-Dollar und dem Schweizer Franken bereits ebenbürtig) und in einem international seltenen Ausmaß durch Gold- und Devisenvorräte gedeckt. Dem fatalen Dilemma der Wirtschaftsgesetzlichkeit: Arbeitslosigkeit oder Geldentwertung, konnte freilich auch die „soziale Marktwirtschaft“ nicht völlig entgehen. Während einerseits die Zahl der Beschäftigten nochmals um 800 000 stieg und die Vollbeschäftigung praktisch erreicht ist, sind andererseits auch die Preise auf breiter Front langsam weiter gestiegen. „Legt man die amtlichen Berechnungen von Wert und Volumen des gesamten Sozialprodukts zugrunde, dann zeigt sich, daß die DM seit der Währungsreform bereits 17 Prozent ihrer Kaufkraft eingebüßt hat. Haben wir also die ‚Reise in die Inflation‘, von der Prof. Erhard unlängst als einer Gefahr für die Zukunft sprach, nicht schon angetreten?“ (Süddeutsche Zeitung, 31. 12. 56.) Die „Badische Zeitung“ (12. 1. 57) schließt einen kritischen Wirtschaftskommentar mit der Warnung, „daß, wenn die Löhne in der Vergangenheit, wenigstens bis 1955, nicht ‚davongelaufen‘ sind, jetzt die Gefahr besteht, daß sie ‚davonlaufen‘ könnten, mit allen Gefahren, die sich daraus für die Gesamtheit und, nicht zuletzt, für die Lohn- und Gehaltsempfänger selbst ergeben müßten . . . Die Pflicht zum Maßhalten und zur Vorsicht in der Lohnpolitik wie in der Preispolitik ergibt sich daraus zwingend von selbst.“

Die sozialpolitischen Gefahren

Die Arbeitnehmerschaft empfindet die Doppelgleisigkeit von Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung noch nicht wie in den USA als eine Entwicklung, deren Gegenläufigkeit nur bis zu einer gewissen Grenze getragen werden kann (vgl. „Konsum- oder Freizeiterhöhung?“, Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 398). Man schwelgt noch recht unbeschwert in Lebensstandard, „der realiter das Niveau des besten Vorkriegsjahres um 45 % übertrifft“ (Prof. Erhard), und vergißt allzu leicht jene Volksschichten, die im Schatten des Wirtschaftswunders stehen, weil sie in unserer kommerzialisierten Gesellschaft keinen oder keinen nach außen hin entscheidenden Faktor darstellen: Die *Familie* ist nach wie vor das Stiefkind der Sozial- und Steuerpolitik (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 16

und 293, vor allem die ausführliche Darstellung im 10. Jhg., S. 156). Das Einkommen der Freien Berufe und Selbständigen ist anteilmäßig im vergangenen Jahr noch weiter gesunken und hat den tiefsten Stand seit Kriegsende erreicht. Die Renten wurden zwar erhöht, und die jahrelang verzögerte *Rentenreform* steht endlich vor ihrer Verwirklichung, aber ihr eigentliches Kernstück, die automatische Anpassung, ist aus umstrittenen währungspolitischen Bedenken geopfert und durch eine gesetzliche Anpassung von Fall zu Fall ersetzt worden (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 285 und 336, und Soziographische Beilage Nr. 6, ds. Jhg., nach S. 124). Die dritte Lesung in der Bundestagsdebatte folgte erst nach Redaktionsschluß, doch bestanden keinerlei Chancen dafür, daß die in zweiter Lesung gegen die Stimmen der SPD gebilligte Ausschlußfassung (die vorher u. a. der DGB scharf kritisiert hatte) bezüglich der gesetzlichen Anpassung nochmals verändert würde.

Die Unternehmer, die die unaufschiebbaren Maßnahmen einer Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung allzusehr als „Geschenk“ ihrerseits betrachten, sind in steigendem Maße (vor allem in den Walzwerken, aber auch schon in der Papier- und der chemischen Industrie) bestrebt, diese Vergünstigungen im Tausch gegen eine wirtschaftliche Maßnahme einzuhandeln, die die Fundamente jeder menschlichen Wertordnung angreift: die *gleitende Arbeitswoche*. Der DGB ist leider dabei, sein altes Ethos von der Feiertagsgemeinschaft des schaffenden Volkes zu verraten und vor falschen „sozial“politischen Erfolgen, d. h. in Wahrheit vor der ökonomistischen Eigengesetzlichkeit auf Kosten des Menschen, zu kapitulieren (vgl. S. 236).

„Die Bundesrepublik ist keine Pfründe“, schrieb Bundeswirtschaftsminister Erhard in einem Originalbeitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ (31.12.56). Hoffentlich beherzigen das alle jene Interessengruppen, deren einziges Bestreben derzeit zu sein scheint, unter Ausnützung des Parteienkampfes um die Wählergunst noch möglichst viel an eigenen Vergünstigungen herauszuschlagen. Nicht umsonst forderte der Bundeswirtschaftsminister zum Jahreswechsel auf, über dem Materiellen nicht Besinnung und Bescheidenheit zu vergessen. „Ich befürchte fast, daß wir das Gefühl für menschliche Solidarität zwischen den Völkern und für den Sinn des Opfers verloren haben... In diesem Jahre 1957 wird es sich erweisen, ob wir in einer materialistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung verkümmern und verderben oder ob wir trotz allen guten Strebens nach mehr Wohlstand und Wohlfahrt darüber hinaus zu höherer Verantwortung zusammenfinden.“

Das „Johann Adam Möhler-Institut“ in Paderborn

Der 19. Januar, der zweite Tag der Weltgebets-Oktav für die Wiedervereinigung der Christen in der Einen Kirche, war diesmal ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der deutschen Theologie. Umgeben von etwa 50 Vertretern fast aller katholischen theologischen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen in Deutschland, weihte der Erzbischof von Paderborn, Dr. Lorenz Jaeger, in neu hergerichteten Räumen des Leo-Konviktes das „Johann Adam Möhler-Institut für Konfessions- und Diasporakunde“ ein, und zwar 125 Jahre nach Möhlers Tode und 30 Jahre, nachdem an der gleichen Stelle der Nuntius Eugen Pacelli seine damaligen Hörer zu einer Theologie im Geiste der Kirche ermahnt hatte. Um den Erzbischof standen namhafte Theologen, darunter P. Bacht SJ, Urs

von Balthasar, P. Hoffmann OP, die Professoren, Jedin, Schlier, Schmaus, Söhngen, Tüchle, Vögtle, Volk. Die schlichte Zeremonie hatte etwas Ergreifendes; denn der Erzbischof, seit langem Referent der Fuldaer Bischofskonferenz für das Gespräch mit den getrennten Christen, krönte mit dieser langersehnten Gründung ein Jahrzehnt fruchtbarer Arbeit im Dienste der von Möhler erstrebten Verständigung über den apostolischen Glauben, eine Arbeit, von der nur wenige wissen.

Es war in der Tat ein ungewöhnlicher Vorgang, wie einer der Theologen sagte, daß in der 1. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates der Erzbischof einen „Rückblick auf zwei Jahrzehnte ökumenischer theologischer Arbeit“ gab. In diesem kenntnisreichen Referat würdigte er die theologische Pionierarbeit von Robert Grosche über Guardini, Karl Rahner, Söhngen, von Balthasar, Hermann Volk, die Führer der Una-Sancta-Bewegung bis zu der publizistischen Arbeit der Herder-Korrespondenz. Alle Anwesenden waren beglückt von dieser Manifestation des Einklangs von Hierarchie und Theologen.

Das Institut soll die gesamte kontroverstheologische Arbeit, die bisher in Deutschland geleistet worden ist, in Zukunft unter bestimmten Gesichtspunkten koordinieren und auch mit entsprechenden Arbeiten westlicher Theologen abstimmen. Daher war die „Katholische Konferenz für ökumenische Fragen“, eine internationale Vereinigung katholischer Ökumeniker, durch ihren Generalsekretär Prof. J. Willebrands, Warmond, vertreten. Der rechtliche Träger des Instituts ist der „Verein zur Pflege wissenschaftlicher Forschungen auf dem Gebiete der Konfessions- und Diasporakunde e. V. Paderborn“, wie § 1 der Geschäftsordnung sagt. Die Aufgaben des Instituts sind:

„1. Wissenschaftliche Erforschung und Darstellung der Lehren, des Kultes, der Ordnungen und des Lebens der reformatorischen Konfessionen; 2. Darlegung des römisch-katholischen Glaubens in seiner Fülle als Antwort auf die reformatorischen Fragen; 3. Vermittlung der Ergebnisse namentlich an die Seelsorger.“

Diese Aufgabenstellung in ihrer dreifachen Stufung ist sehr vielseitig. Sie enthält aber im ersten Absatz auch eine wichtige Einschränkung: Sie soll sich auf die „reformatorischen“ Konfessionen beschränken, womit gesagt ist, daß sowohl die orthodoxen Kirchen wie auch die sogenannten Sekten an anderen Forschungsstätten bearbeitet werden sollen, z. B. von der theologischen Fakultät in Trier, die von Prof. W. Bartz vertreten wurde.

Über den organisatorischen Aufbau ist bisher festgelegt, daß der Erzbischof von Paderborn persönlich die Präsidenschaft ausübt. Ihm zur Seite steht ein „wissenschaftlicher Beirat“, weitgehend besetzt von jenen Theologen, die in den letzten 10 Jahren die obengenannten Gespräche mit evangelischen Theologen unter dem Vorsitz des Erzbischofs geführt haben. Vorsitzender war diesmal Prof. Hermann Volk, Münster i. W. Der Beirat hat die Aufgabe, „nach den Weisungen des Präsidenten gemeinsam mit dem Direktor die Forschungsaufgaben zu ermitteln und bei ihrer Durchführung mitzuwirken. Der Präsident ernennt den Vorsitzenden und beruft die ständigen Mitglieder.“ Direktor ist Professor Stakemeier, Oberassistent ist Dr. Brandenburg, beide Paderborn. Mit Beginn dieses Jahres ist die bekannte Zeitschrift „Catholica“ von ihrem bisherigen Herausgeber Robert Grosche in die Hände des Möhler-Instituts gelegt worden. Sie soll das wichtigste Publikationsorgan für die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts sein und viermal im Jahr erscheinen.

Die Gründungstagung bot ein reiches Programm. Nach dem Referat des Erzbischofs trug der Direktor, Prof. Stakemeier, seine Auffassung über „Wesen und Aufgaben der Konfessionskunde heute, dargestellt im Anschluß an die Prinzipien der Möhlerschen Symbolik“ vor. In einer weiteren Sitzung stellte Dr. Brandenburg „die einzelnen theologischen Richtungen der evangelischen Theologie“ dar und steckte damit eine Reihe vordringlicher Themenkreise ab. Wir werden auf diese Referate ebenso wie auf die beiden bedeutenden öffentlichen Vorträge im Auditorium Maximum später zurückkommen. Das erste Publikum hielt Heinrich Bacht SJ am Abend des 19. Januar in Anwesenheit führender Männer der Provinzial- und Stadtverwaltung über „Die Rolle der Tradition in der Kanonsbildung“ mit all den schwerwiegenden Fragen, die das neue Mariendogma in der katholischen und evangelischen Theologie in Fluß gebracht hat. Das zweite Publikum hielt am Sonntagvormittag, 20. Januar, Prof. Heinrich Fries, Tübingen, über „Kirche als Ereignis. Zur Lehre von der Kirche nach Karl Barth“. Diese beiden öffentlichen Vorträge waren für den theologischen Nachwuchs der Erzdiözese ein Ereignis, das mit Spannung und Begeisterung aufgenommen wurde. Es mag ein gut Teil Wahrheit darin liegen, wenn Prof. Michael Schmaus in seiner geistvollen Begrüßung erklärte, es gebe nicht nur den Tübinger Möhler, sondern auch den Münchener Möhler; die theologischen Verbindungen zwischen München und Paderborn seien in den letzten Jahren so intensiv geworden, daß man geradezu von München und Paderborn als den beiden Brennpunkten einer Ellipse sprechen könne. Die Veranstaltung, die von Erzbischof Dr. Jaeger in Anwesenheit seiner beiden Weihbischöfe Hengsbach und Rintelen geschlossen wurde und über deren Arbeitsplanung im einzelnen hier nicht berichtet werden kann, war ein verheißungsvoller Auftakt. Er machte es deutlich, daß das Möhler-Institut zwar seinen Sitz in Paderborn hat, daß aber viele Fäden theologischer Arbeit dort zusammenlaufen werden. Für den besonderen Aufgabenbereich der Diasporakunde, an der vor allem der Bonifatius-Verein interessiert ist, wurde innerhalb des wissenschaftlichen Beirates eine eigene Kommission gebildet. Aber das Blickfeld des Institutes reicht bis hinüber zu der Arbeit, die seit langem von dem Unions-Kloster Chevetogne (Namur) und der Pariser „Istina“ geleistet worden ist. Professor Willebrands lenkte die Aufmerksamkeit auf Anfragen, die das Generalsekretariat des Weltrates der Kirchen über ekklesiologische Probleme an die „Katholische Konferenz für ökumenische Fragen“ gerichtet hat und deren Beantwortung bald veröffentlicht werden kann.

Kirche und Arbeiter. „Die Kirche und die Welt des Arbeiters“ war das Thema der diesjährigen **Österreichische Weihnachts-Seelsorgertagung 1956**. Die in Anwesenheit fast aller österreichischen Bischöfe und von etwa 350 Priestern aus allen Diözesen Österreichs im Auditorium Maximum der Universität Wien in der Zeit vom 2. bis 4. Januar abgehalten wurde. Veranstalter der Tagung war Prälat Dr. Karl Rudolf, der auch alle bisherigen Tagungen durchgeführt hat.

Der Begründer der Weihnachts-Seelsorgertagungen

Da Prälat Rudolf am 22. November 1956 seinen 70. Geburtstag begangen hat und ihm zu Ehren damals eine Festfeier veranstaltet und auch auf der Tagung auf sei-

nen 70. Geburtstag Bezug genommen worden ist, mögen dem eigentlichen Tagungsbericht einige Hinweise auf seine Persönlichkeit und sein Werk vorausgeschickt werden. Dr. Rudolf ist seit mehr als drei Jahrzehnten der anerkannte Führer in den Bemühungen um eine moderne, den gewandelten sozialen, kulturellen und religiösen Verhältnissen angepaßte Seelsorge in Österreich. Keiner hat der Seelsorge, den Initiativen zur Wiederbegegnung von Kirche und Welt und zur Aktivität der Laien so viele Ideen und Impulse gegeben wie er. „Movens mobilis“ nannte man ihn mit Recht auf der Festfeier. Die Größe seines Werkes wird deutlich, wenn man seinem Bemühen um neue Wege das Gewicht der Tradition der Kirche aus der Zeit der Monarchie, der allgemeinen liberalen Erweichung, der völligen Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft und der weitgehenden Entfremdung zwischen Kirche und Intellektuellen gegenüberhält.

Dr. Rudolf wurde 1919 Akademikerseelsorger und zusammen mit Dr. Michael Pfliegler Mitbegründer des „Christlichen-Deutschen Studentebundes“ und des Bundes der katholischen Jugendbewegung „Neuland“, aus welcher eine relativ große Zahl bedeutender Seelsorger und führender Laien der Katholischen Aktion hervorgegangen ist. 1924 veranstaltete er die erste Wiener Weihnachts-Seelsorgertagung, 1925 gab er das erste Heft der Priesterzeitschrift „Der Seelsorger“ heraus, deren Schriftleiter er durch all die Jahre bis heute geblieben ist. 1931 gründete er das Wiener Seelsorgeinstitut, 1938 das Wiener Seelsorgeamt als Abteilung des Ordinariats, eine Einrichtung, die für alle österreichischen Diözesen und unzählige andere Diözesen in Europa Vorbild geworden ist. 1939 richtete er das „Theologische Laienjahr“ ein, einen zweijährigen Theologiekurs für Laien. Während des Krieges war er unter dem Druck des Nationalsozialismus der Mittelpunkt aller seelsorgerlichen Bemühungen und auch der Katholischen Aktion, soweit dies damals noch möglich war (über diese Zeit vgl. sein Buch „Aufbau im Widerstand“). 1945 gründete er das „Seminar für kirchliche Frauenberufe“ zur Ausbildung hauptamtlicher Seelsorgehelferinnen und 1947 die Katholische Filmkommission, die seit 1949 alle zwei Jahre eine „Internationale Festwoche des religiösen Filmes“ in Wien durchführt. Dazu kam die Fülle von Predigten, Exerzitien, Bibelrunden, Rundfunkansprachen. „So ein rasanter Roboter Gottes“, sagt Michael Pfliegler zu seinem 70. Geburtstag in der „Österreichischen Furche“ (24. 11. 56), „ist für viele, oft sogar für seine nächsten Freunde, ein unbehaglicher Zeitgenosse. Es ist schwer, Schritt zu halten mit ihm. Er ist ein Gründer und Antreiber. Die Durchführung mußte er oft seinen Mitarbeitern überlassen. Wer die Überfülle seiner Anregungen auch nur im Auszug kennt, wird das verstehen. Es kann nicht anders sein. Neues ist immer bei einem — durchaus notwendigen — Typus verdächtig. Neues ist immer Risiko und Wagnis. Dr. Rudolf hat wie der hl. Klemens Maria Hofbauer zeitlebens keiner ‚katholischen Nase‘ vertraut und gewagt. Es gibt, sachlich gesehen, für den irdischen Gang des Reiches Gottes keine fatalere Gefahr, als die Stunde nicht zu erkennen. Es muß gewagt werden, soll das Reich Gottes wachsen.“

Die Dringlichkeit des Themas

Die Dringlichkeit des Anliegens der diesjährigen Weihnachts-Seelsorgertagung liegt klar zutage. Der Abfall der Arbeitermassen im 19. und 20. Jahrhundert war, wie das

Wiener Diözesanblatt aus Anlaß der Tagung sagt, „die größte Tragödie der Kirche seit Luthers Zeiten“. Und weiter: „Die Kirche bliebe entstellt und wäre in ihrer Wirkkraft halbseitig gelähmt, wenn wesentliche ihrer Glieder, und dies in einem so ungeheuren Ausmaß wie die breiten Schichten des Arbeiterstandes, in ihrem Organismus fehlten.“ Ebenso zu beachten ist aber die zweite Tatsache, daß heute infolge des Zerbrechens der materialistischen und kollektivistischen Ideale angesichts ihrer furchtbaren Konsequenzen die geistige Voraussetzung für die Rückkehr zur Kirche geschaffen ist und die Möglichkeiten nicht versäumt werden dürfen.

Die soziale Realität

Erzbischof Dr. Franz König, Wien, eröffnete die Tagung, deren erster Tag der Erkenntnis der sozialen Realität gewidmet war. Er wies auf die Zeichen der Auflockerung in den erstarrten Fronten zwischen der Kirche und der sozialistischen Arbeiterschaft hin: auf die Schrift des führenden Sozialisten Fritz Klenner „Das Unbehagen in der Demokratie“, wo von der notwendigen Revision des Verhältnisses des Sozialismus zur Religion und von der Bedrohung des freien Menschen durch den Materialismus die Rede ist; das große Echo, das der Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 180) in der sozialistischen Arbeiterschaft gefunden hat, die Erfolge der katholischen Arbeiterjugend in einem Milieu, das der Kirche gänzlich verschlossen schien. (Als weiteres Zeichen der Auflockerung ist der relativ ausführliche Bericht der „Arbeiterzeitung“ über die Eröffnungsworte des Erzbischofs zu nennen, sowie die Tatsache, daß beim Staatsbegräbnis für den am 4. Januar verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Theodor Körner, der aus der sozialistischen Partei kam, Erzbischof König die Einsegnung vornahm und ein Großteil des österreichischen Episkopats im Trauerzug mitging, während beim Tod des früheren Bundespräsidenten Dr. Karl Renner 1950 die SPÖ eine kirchliche Einsegnung verhindert hatte.)

Erzbischof König hielt (nach den Begrüßungsworten des Rektors der Wiener Universität Prof. Schima) auch den ersten Vortrag: „Wertung der Arbeit in christlicher Schau“. Während die heidnische Antike die Handarbeit verachtete, hat das Christentum gelehrt, in der Arbeit nicht bloß eine Mühsal, sondern einen Auftrag Gottes zu sehen. Im Calvinismus kam es dann im Bestreben, der Gloria Dei durch Arbeit zu dienen und sichtbare Erfolge im persönlichen Leben zu erreichen, zu einer Überschätzung der Arbeit. Das Arbeitsethos verweltlichte in der Folgezeit, und der durch die Arbeit erzielte Erfolg wurde sowohl im Kapitalismus wie im Sozialismus letzter Sinn des menschlichen Lebens. Die persönliche Lebenserfüllung wurde außer acht gelassen. Heute seien es vor allem zwei Antriebe, die den Arbeiter für die Seelsorge aufgeschlossen machen: die Erkenntnis, daß der Mensch nicht allein vom Brote lebt, und die Sehnsucht nach einer Erlösung vom spezifischen Arbeitsleid, die nur in der Sinngebung der Arbeit gefunden werden kann, nämlich in der Auffassung, daß jede Arbeit ein Ruf Gottes und die Arbeit im ganzen ein Prinzip der menschlichen Gemeinschaft ist. So werde die Verwirklichung des Rechtes auf Mitverantwortung und Entscheidung im Arbeitsgeschehen, sowohl im einzelnen Betrieb wie im sozialen Ganzen, zur entscheidenden Frage.

Historische Entwicklung des Verhältnisses von Arbeiterschaft und Kirche

Das zweite Referat hielt der Sekretär des Internationalen Katholischen Institutes für kirchliche Sozialforschung, Dr. Erich Bodzenta, Wien, über „Die geschichtliche Entwicklung des Verhältnisses der Arbeiterschaft zur Kirche“. Es war sehr wertvoll, die historischen Tatsachen, die meist nur vage bekannt sind, in größerer Konkretheit zu sehen und sich klarzumachen, wie groß das Elend der Arbeiter ursprünglich war. Bodzenta zog auch das halbe Jahrhundert vor 1848 in seine Betrachtungen ein. Er zeigte, daß schon damals der Zuzug zur Industrie hauptsächlich aus der besitzlosen Landbevölkerung, vor allem aus Böhmen, erfolgte; daß die Arbeitszeiten immer mehr verlängert wurden und für Erwachsene 14 bis 18 Stunden täglich, für Kinder 12 bis 13 Stunden erreichten und dies bei einem durchschnittlichem Wochenlohn von 3,53 fl, was der Kaufkraft für 80 Kilogramm Kartoffeln entsprach. Hohe Sterblichkeit, Mangel an Schulunterricht und geistige Dumpfheit waren die Folge. Diese Menschen hatten auch, soweit man dies aus den Quellen beurteilen kann, kein Verhältnis zur Kirche. Sie wurden nicht erst in den Städten der Kirche entfremdet, sondern waren es schon vorher, als sie noch als Knechte und Mägde auf dem Dorfe lebten und praktisch keine Möglichkeit zum Besuch des Sonntagsgottesdienstes hatten. Der Priester war für sie eine Respektsperson in enger Verbindung mit dem Staat und seiner Polizei. Auf der anderen Seite gab es kaum Priester, welche die Aufgabe der Seelsorge an den Arbeitenden erkannten; meist sah man gar nicht die wirkliche Not.

Nach 1848 gründete die Kirche einige kleine Vereine und schuf eine Anzahl caritative Einrichtungen. Man dachte nur an caritative Hilfe, nicht aber an eine Aktion auf sozialem Gebiet, da man die Lebensfrage des Arbeiters nicht sah.

Als in den 60er Jahren die Anhänger Lassalles ihre Tätigkeit begannen, 1867 unmittelbar nach dem Erlaß der neuen Verfassung die erste große Arbeiterversammlung in Wien abgehalten und 1874 der „Allgemeine österreichische Arbeiterverein“ als die erste Arbeiterpartei und Vorläuferin der Sozialdemokratischen Partei gegründet wurde, stand die Kirche noch immer abseits. Erst 1892 wurde durch Leopold Kunschak der erste größere christliche Arbeiterverein gegründet.

Während dieser Jahrzehnte strömten durch die sozialistischen Agitatoren auch die religionsfeindlichen Ideen von Karl Marx in die Arbeiterschaft ein. Viktor Adler konnte eine Massenpartei von einmaliger Geschlossenheit aufbauen, während die Kirche noch Ende des Jahrhunderts ohne Einfluß auf die Arbeiterschaft blieb.

Leopold Kunschak konnte mit seinem christlichen Arbeiterverein Boden gewinnen und nach 1900 auch eine christliche Gewerkschaftsbewegung aufbauen. 1905 wurde durch Anton Orel auch eine katholische Arbeiterjugend, der „Bund der Arbeiterjugend“ mit ausgesprochen anti-kapitalistischem Sozialprogramm gegründet, die erste katholische Arbeiterjugend auf der Welt, von welcher sogar Cardijn lernte. Der Versuch wurde aber nach wenigen Jahren wieder aufgegeben, da sich Kunschak aus Gründen der Parteidisziplin den Wünschen der damaligen, stark nach den Gewerbetreibenden orientierten „Christlich-Sozialen Partei“ fügte. Nach 1918 steigerte sich die Gegnerschaft der sozialistischen Arbeiter zur Kirche zur heftigsten

Kirchenfeindschaft mit nicht wenigen Terrorakten gegen christliche Arbeiter und massiver Kirchaustrittspropaganda. Doch selbst in dieser Zeit blieb ein Schimmer von Religiosität erhalten: durch den Religionsunterricht der Kinder, durch die Frauen, die unter Duldung der Männer an der Kirche festhielten, durch Taufe, kirchliche Eheschließung und kirchliche Beerdigung, auf die man doch nicht verzichten wollte.

Ein neuer Abschnitt begann mit dem Jahre 1938. Unter dem Druck des Nationalsozialismus, der Sozialisten und Katholiken gleichermaßen unterdrückte, hörten die Gegensätze auf, was sich dann nach 1945 stärker auswirken konnte. Wenn auch die Kirchenfremdheit der breiten Massen geblieben ist, eine Anzahl Arbeiter fand den Weg zur Kirche zurück. Es gibt Fälle, daß Kinder kämpferischer Kirchengegner überzeugte Träger des christlichen Apostolates wurden (was nicht ohne weiteres erklärt werden kann). Zur neuen Situation trug natürlich auch bei, daß mit der materiellen Besserstellung der Arbeiter auch ein anderes Bewußtsein von seiner Stellung in der Gesellschaft gewann.

Starker Einfluß des Milieus

Die Vorträge des Nachmittags (Prof. Dr. Anton Burghardt und Dozent Dr. Leopold Rosenmayr) befaßten sich mit dem Milieu des Arbeiters. Prof. *Burghardt* betonte die in katholischen Kreisen nicht immer richtig gewertete Tatsache, daß das Denken des Menschen nicht autonom, sondern sehr stark vom Milieu mitbestimmt ist (daß man etwa unter „Freiheit“ je nach den fördernden oder hemmenden Umweltbedingungen sehr Verschiedenes verstand und anstrebte); daß der Begriff „Arbeiter“ sehr vielschichtig ist, mit sehr verschiedenen Einkommensgrößen vom Hochofenmaurer zur Textilhilfsarbeiterin und noch größeren Verschiedenheiten der Freizeitgestaltung. Aus diesen Tatsachen leitete Prof. Burghardt die Forderung an die Seelsorge ab, das vorgegebene Milieu, das von Pfarre zu Pfarre verschieden ist, genau zu beachten, die Überempfindlichkeit des Arbeiters gegenüber jeder Form von „Betreuung“ in Rechnung zu stellen („jeder Patriarchalismus ist eine Provokation des Arbeiters“) und sich die Sprache des Arbeiters anzueignen („die viele Lautverschiebungen durchgemacht hat“). Eine weitere Tatsache, die in der Diskussion beim Vergleich mit amerikanischen Verhältnissen von Prof. Burghardt herausgestellt wurde, ist, daß es dort nie eine Schicht gegeben hat, die sich scheute zu arbeiten — siehe das Sozialmärchen „Vom Zeitungsjungen zum Millionär“ —, während in Österreich diese Schicht die tonangebende war, was viele Ressentiments erklärt. Weiter erklärte Prof. Burghardt, daß wir heute, da die Verwirklichung des Marxismus für alle sichtbar die Despotie ist und der Marxismus seit dem 4. November diffamiert ist, eine Chance haben wie noch nie. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, die Wirklichkeit zu sehen, die den Marxismus geschaffen hat, und das christliche Anliegen, das hinter der Sprache des Marxismus steht.

Der zweite Vortrag (Dozent *Rosenmayr*) beschäftigte sich mit dem Thema Familie, Wohnung, Lebensstandard, vor allem im Hinblick auf die Arbeiterwelt. Er zeigte, daß die Schrumpfung der Familie zur Kleinfamilie längst auch die Arbeiter erfaßt hat (in Wien sind 42% aller Ehepaare kinderlos, 37% haben ein Kind, 16% zwei Kinder, 4% drei und mehr Kinder), daß die Familie

als solche jedoch nicht bedroht ist, vielmehr als Raum persönlicher Lebenserfüllung an Bedeutung gewinnen wird. Die Unzufriedenheit in der Arbeiterwelt habe eine Hauptursache in der Unzulänglichkeit der Wohnung. Noch 1951 wohnten 90% der Arbeiter in Kleinwohnungen, während von den Angestellten bloß 70% und von den Selbständigen 37% in Kleinwohnungen hausen. Die Folge war der Schwund jeder Familienkultur, das Hinausgedrängtwerden in die Gasthäuser und der starke Kinobesuch gerade bei den Arbeitern. Sehr wesentlich ist das Streben nach einem hohen Lebensstandard. Dies ist auch eine Hauptursache für die oft genannte Akzeleration (Beschleunigung der Pubertät) bei den Jugendlichen und die rasche Angleichung an das Gehabe der Erwachsenen.

Der Auftrag der Kirche

Nach den Vorträgen über die soziale Realität wurde am zweiten Tag der Auftrag der Kirche an der Arbeiterwelt herausgearbeitet. Zur „seelisch-religiösen Situation der österreichischen Arbeiterschaft“ entwickelte Prof. Dr. Johann *Schasching* SJ, Innsbruck, folgende Gedanken: Die Tragik der Kirche im 19. Jahrhundert war nicht in erster Linie der Verlust einzelner Arbeiter oder Arbeitergruppen, sondern der Standortverlust der Kirche in der Gesellschaft überhaupt. Diese Entwicklung erfolgte 1. vom Staatlichen her, indem sich der moderne Staat das Monopol über die bürgerliche Gesellschaft vorbehielt und allen anderen Körperschaften das Recht absprach, gesellschaftsbildend tätig zu sein, und 2. vom Gesellschaftlichen im engeren Sinn her, indem sowohl der Liberalismus wie auch der Marxismus die Selbstregulierung der Gesellschaft zum Dogma erhoben.

Heute aber ist es der Kirche wieder möglich, einen Standort in der industriellen Gesellschaft zu finden, sowohl vom Staatlichen her, da der Staat heute auf sein Monopol verzichtet, und vom Gesellschaftlichen her, da die sozialen Gebilde den Menschen nicht mehr wie früher total beanspruchen und die Erkenntnis entstanden ist, daß man in diese Gesellschaft moralische Kräfte einbauen muß, um den Druck der rein sachlichen Kräfte zu bändigen. Dies ist die Lage im ganzen (makrosoziologisch) gesehen. Im kleinen Raum (mikrosoziologisch) freilich ist die Kirche heute vielfach noch weniger standortfest als früher, da hier die Entwicklung nachhinkt und das Erbe der Vergangenheit, die antikirchlichen Versteifungen usw. noch sehr wirksam sind.

Zur seelisch religiösen Lage des Arbeiters im besonderen sagte Prof. *Schasching*, daß der Arbeiter heute nicht mehr ideologie-besessen ist und in materieller Hinsicht kein Proletarier mehr ist: Er ist auch nicht mehr einseitig auf das Klassenbewußtsein orientiert; dadurch ist er vielseitiger und auch von der Seelsorge her ansprechbar.

Es genügt aber nicht, wenn der Arbeiter individuell von der Kirche ansprechbar ist. Er muß auch vom Sozialen her angesprochen werden. Früher war die Kirche in allen sozialen Gebilden präsent, etwa in Form von Zunftmessen, Wallfahrten usw., wodurch die individuelle Seelsorge wesentlich ergänzt und verstärkt wurde. Nach dem Standortverlust in der Gesellschaft ist die Kirche in den neuen sozialen Gebilden nicht mehr präsent. Der Mensch erlebt in diesen Gebilden eine große Kirchenferne. Die Aufgabe ist daher, Formen der Präsenz der Kirche in den heutigen Sozialgebilden aufzubauen. Sehr wesentlich wird dabei die katholische Arbeiterbewegung sein.

Über die Möglichkeiten der Seelsorge und des Apostolates am Arbeiter sprach anschließend der Arbeiterseelsorger von Innsbruck, Viktor Zorzi. Er unterschied eine missionarische, erzieherische und soziale Aufgabe. An der Kirchenfremdheit der Arbeiter dürfe man nicht einfach dem Arbeiter die Schuld geben. Man müsse das Evangelium — eine Forderung, die im Verlauf der Tagung mehrmals erhoben wurde — in einer Sprache verkünden, die der Arbeiter versteht, und dürfe ihm nicht Formen aufdrängen, die seiner Art gar nicht entsprechen. Der Arbeiter habe ein Gespür, was Kern und Wesen des christlichen Glaubens und was nur Form einer bestimmten Zeit ist. Die erzieherische Aufgabe besteht vor allem darin, dem Arbeiter den Sinn des Lebens und die Rangordnung der Werte aufzuschließen. Der materielle Aufstieg bringt ja keineswegs schon einen geistig-sittlichen Aufstieg, scheint vielmehr heute die Entfremdung des Arbeiters zur Kirche noch zu vergrößern. Zorzi betonte dann sehr stark die soziale Aufgabe, Verhältnisse zu schaffen, in welchen ein christliches Leben auch dem durchschnittlichen Menschen möglich ist. Die sture Repetitivarbeit, der Lärm im Fabrikraum, und andererseits das ständige unsittliche Reden im Betrieb stellen eine außerordentliche Erschwerung dar. Die Verchristlichung der Arbeiter wird gewiß in erster Linie durch die Arbeiter selbst im Zeugnis ihres christlichen Lebens geschehen müssen. Wichtig ist die Aktionsgruppe, da sich der einzelne nicht durchsetzt; zum christlichen Zeugnis des Arbeiters gehört auch der Beitrag des Priesters; wichtig ist vor allem, das Mißtrauen abzubauen, das zwischen Priester und Arbeiter besteht.

Christliche Soziallehre und ihre Verwirklichung

Die beiden Referate von P. Dr. Walter Riemer SJ, Wien, über die kirchliche Soziallehre und die Möglichkeit ihrer Verwirklichung in unserer Zeit können in diesem Bericht nicht näher behandelt werden. P. Riemer betonte das allgemeine Anliegen der Kirche: die Wahrung des Sittlichen im sozialen Bereich, das immer in Gefahr ist, vom Technischen überwältigt zu werden. Er wies auf die Erfahrung hin, daß Freiheit der Wirtschaft und Wirtschaftsplanung miteinander vereinbar sind, und besprach im besonderen die Partnerschaft im Betrieb: daß sich beide Partner als Teilhaber an einem gemeinsamen Ganzen wissen, daß die Verschiedenheit der Funktion beachtet werde und eine starke Führung seitens des Unternehmers erhalten bleibt, daß der Unternehmer die Arbeiter mitwissen, mitbestimmen und mitgewinnen läßt, wobei P. Riemer auch die Problematik eines Mitbesitzens mit all den Risiken, die sich für die Arbeiter daraus ergeben, hervorhob. Zum Schluß wies P. Riemer darauf hin, daß die Kirche nur allgemeine Grundsätze lehren und das ethische Moment im sozialen und wirtschaftlichen Geschehen betonen kann, nicht aber die Möglichkeit einer konkreten Realisierung habe, woraus sich die in der Geschichte sichtbar gewordene Ohnmacht der Kirche im sozialen Bereich erklärt. Katholische Laien müssen daher über fachlich-technisches Wissen verfügen und auf eigene Verantwortung Lösungen suchen.

Aktivistenbildung

Am dritten Tag wurden die praktischen Möglichkeiten der Bildung und Schulung von Laien und Priestern für soziale Aufgaben besprochen. „Die Aktivistenbildung bei Arbeitern und bei der Arbeiterjugend“ war das Thema

eines Referates des Bundesseelsorgers der Katholischen Jugend und Begründers der KAJ Josef Zeininger OSFS, Wien. P. Zeininger ging von der (heute Gemeingut gewordenen) Erkenntnis aus, daß die Wiederverchristlichung der Arbeitermassen nur durch Arbeiterapostel in den Fabriken und Büros möglich ist; er betonte die Notwendigkeit, über die kollektive Seelsorge hinaus auch für ganz wenige Menschen Zeit und Mühe aufzuwenden, da man nur so echte Apostel heranbildet. (Christus hat einen sehr kleinen Kreis von Menschen um sich gesammelt). Die Aktivistenbildung ist keine religiöse Schulung im Sinne der Wissensvermittlung, keine theoretische Einführung in die Sozialzyklen und Sozialproblematik, keine Heranbildung von Funktionären, vielmehr eine Lebensschule, die von den Gegebenheiten des Lebens ausgeht, alle Seiten des Lebens berücksichtigt und nach der bekannten Methode: „Sehen — urteilen — handeln“ vorgeht. In ständiger Konfrontation mit der konkreten Wirklichkeit ist das Ziel des Handelns immer die Umwandlung des Einzelnen und des Milieus mit der Frage, was ich selbst tun kann (die sogenannte „Untersuchung“ ist das Herzstück der Aktivistenschulung). Einen sehr breiten Raum hat die religiöse Bildung, da ohne vertiefte religiöse Bildung die Gefahr eines Agitierens ohne Ausstrahlung besteht und da das primäre Ziel einer katholischen Arbeiterbewegung nicht die Verwirklichung einer christlichen Sozialordnung, sondern das Lebendigwerden des Glaubens im persönlichen Leben des Arbeiters ist. Eine Beobachtung, die gemacht wurde: Die Aktivisten sind nicht von vornherein unter den Bravsten, sondern häufig unter den Oppositionellen zu finden. Begabungen zeigen sich, indem man der Gruppe regelmäßig Aufgaben stellt. Eine bloß betreute Gruppe bringt keine Aktivisten hervor.

In ähnlicher Weise sprach Dr. Franz Reisinger OSFS, Wien, über die Aktivistenschulung bei der weiblichen Arbeiterjugend. Er wies auf die schwere sittliche Gefährdung durch das Milieu hin, dem 90 und mehr Prozent der Mädchen erliegen. Zu den Aufgaben, die auch für die männliche KAJ gelten: Stärkung derer, die im Betrieb stehen; Hebung des Milieus in sittlicher Hinsicht; Beseitigung sozialer Mißstände; Hilfe für die, die sich allein nicht helfen können — zu all dem kommen die spezifisch weiblichen Aufgaben, besonders im Hinblick auf die Fragen Liebe und Ehe, die naturgemäß bei den Mädchen eine ungleich größere Rolle spielen als bei den Burschen. Hier zu helfen und zu führen ist eine schwere Aufgabe. Beobachtungen, die gemacht wurden: Aktivistinnen, die aus kirchentreuen Familien kommen, kennen oft nicht das wirkliche Leben und ermessen nicht die Schwierigkeiten für Arbeiterinnen aus zerrütteten Verhältnissen. Aktivistinnen aus kirchenfremden Familien aber, die die ganze Sinnlosigkeit eines Lebens ohne Religion an sich erfahren haben, werden dann oft Apostel von größerer Durchschlagskraft. Wünsche der Mädchen an den Seelsorger: er möge sie ernst nehmen, da sie eine selbständige Meinung haben; er möge sich nicht geben wie bei den Burschen und nicht Kamerad sein wollen; er möge nichts von seiner „Kenntnis der Frauenseele“ reden und sich nicht lustig machen über Gefühle der Mädchen.

Notwendigkeit einer katholischen Sozialakademie

Zur Heranbildung katholischer Arbeiterführer forderte Nationalrat Dr. Karl Kummer, Wien, die Errichtung einer katholischen Sozialakademie in Form eines Inter-

natskurses von mehreren Monaten Dauer. Denn die Zusammenhänge in der Wirtschaft und der Sozialpolitik werden immer komplizierter: der bekenntnisfreudige katholische Arbeiter ist auch heute noch im Betrieb Anfeindungen ausgesetzt und kann sich nur behaupten, wenn er durch ein fachliches Können imponiert; in Gewerkschaftskammern usw. werden immer wieder führende Menschen gesucht. Der Kurs müßte fünf Sparten umfassen: weltanschauliche Schulung, Sozialpolitik und Sozialreform, doch nicht bloß Grundsatzschulung, sondern sehr spezialisiert; Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik mit Ausblick auf die weltweiten Zusammenhänge; Kulturpolitik, um den Arbeiter aus seinem immer noch vorhandenen Klassenbewußtsein herauszuholen; und schließlich Staatspolitik als Erziehung zum demokratischen Denken. Auch Dr. Kummer ist der Ansicht, daß die Chance, die Arbeiter für die Kirche zu gewinnen, seit hundert Jahren nicht so groß war wie heute.

Ausbildung des Klerus für die sozialen Aufgaben

Den Abschluß der Tagung bildete ein Referat von Bischof Dr. Paul Rusch, Innsbruck, über „Die Ausbildung des Klerus für die sozialen Aufgaben“. Im Innsbrucker Priesterseminar erhält jeder Theologe neben seiner allgemeinen priesterlichen Ausbildung noch eine Sonderausbildung, die er sich wählen kann (Jugendseelsorge, Seelsorge im Industriegebiet usw.). Diese beginnt im vierten Jahr und besteht aus einer theoretischen Einführung, einer vier- bis achtwöchigen Praxis in einer Fabrik während der Sommermonate und einem Seminar. Bei der Fabrikarbeit macht der Theologe die so wichtige Erfahrung, wie stark das Milieu den Menschen prägt. Er lernt die Sprache des Arbeiters kennen und die Sorgen des Arbeiters mitfühlen. Im Seminar werden dann die Erfahrungen ausgewertet und u. a. eine Schrifterklärung, bezogen auf die Welt des Arbeiters, versucht. Zuletzt erfolgt eine Erprobung (z. B. mit einem Motorrad zur Reparaturwerkstätte fahren und Kontakt mit dem Arbeiter finden, was gar nicht leicht ist). Dann erhält der Theologe sein Zeugnis über die Sonderausbildung. Für den Priester draußen in der Seelsorge ist es die Aktivistenrunde, wo er am meisten lernen kann. Notwendig wäre auch ein Haus als Bildungsstätte mit festen Kursen. Eine weitere Erkenntnis: Zur Lösung der Arbeiterprobleme braucht man auch den anderen Partner, weshalb Bischof Rusch in Innsbruck einen Arbeitskreis katholischer Unternehmer um sich gesammelt hat.

Es war für Veranstalter und Teilnehmer mehr als eine Geste, wenn die Schlußandacht, die Erzbischof König hielt, in der Kirche der Kalasantiner-Patres stattfand, am Grabe des Gründers dieser Arbeiter-Priester-Kongregation, des gottseligen P. Anton Schwartz, dessen Seligsprechungsprozeß eingeleitet ist.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Der Papst an den Internationalen Verband Katholischer Männer „Unum Omnes“ Am 8. Dezember 1956 hat der Heilige Vater den Rat des Internationalen Katholischen Männerverbandes in Sonderaudienz empfangen und an ihn eine Ansprache über die Bedeutung der internationalen Eintracht unter den katholischen Männern und ihren Einsatz für den Frieden gerichtet. Der Verband hatte seine erste Generalversammlung in Rom im Heiligen Jahr 1950 unter Teilnahme von 20 Nationen

zusammengerufen. Heute hat die Zahl der angeschlossenen Nationalverbände sich verdoppelt, insbesondere durch den Beitritt von Nationen des amerikanischen Kontinents. Der Heilige Vater sprach den Wunsch aus, der Verband möge weiter an Universalität zunehmen, zumal durch Ausdehnung auf die Christenheiten Asiens und Afrikas, wo schon junge, lebenskräftige Zweige der Katholischen Aktion beständen, die ebenfalls in der großen christlichen Familie vertreten sein müßten. In den Statuten des Verbandes heißt es, es sei seine Aufgabe, Kontakte zwischen den angeschlossenen Nationalverbänden zu fördern, damit sie sich im Geiste christlicher Brüderlichkeit besser kennenlernten, einander hülften, die Bemühungen und Erfahrungen der einzelnen zusammenfügen und in gegenseitiger Achtung der Formen, die ihr Apostolat auf nationaler Ebene gefunden habe, zusammenarbeiteten. Für das nächste Generaltreffen, das im April in Holland stattfinden soll, hat sich der Verband zwei Themen gestellt: erstens die Aufgaben der Katholiken im bürgerlichen, gewerkschaftlichen und politischen Leben, und zweitens die Probleme des Zusammenschlusses, Pfarre, Milieu und Beruf. Der Heilige Vater betonte die Wichtigkeit dieser Fragen, in denen in verschiedenster Hinsicht Fortschritte angestrebt werden müßten. Er lobte die Geduld und Kompetenz, mit der eine gründliche Information zu diesen Fragen zusammengetragen werde. „So verfolgt ihr aufmerksam die Familienprobleme, denn die Familie ist die Kernzelle der Christenheit, wie sie das Lebenselement der natürlichen Gesellschaft ist; der Vater muß seine Aufgabe als Familienoberhaupt erfüllen, er muß seinen Kindern eine seinen religiösen Überzeugungen entsprechende Erziehung geben können und im bürgerlichen Leben eine Selbständigkeit genießen, die seiner wirklichen Bedeutung entspricht. Daraus ergeben sich vielfältige Probleme in bezug auf Arbeit, Wohnung, Rolle der Frau, Probleme, zu denen die Männer der Katholischen Aktion Stellung nehmen und sich mutig, methodisch und einmütig einsetzen können müssen.“

„Bei eurem Einsatz bei Apostolatsfragen begegnet ihr neben euch anderen Formen Katholischer Aktion, deren Interessen sich um die Pfarre, um ein Milieu, einen Beruf, ein Werk konzentrieren. Jede hat ihre Methoden, und diese berechnete Verschiedenheit muß respektiert werden. Einförmigkeit ist weder möglich noch wünschenswert, denn sie würde weder der Vielfalt der Situationen, noch der Mannigfaltigkeit der materiellen und menschlichen Möglichkeiten entsprechen. Immerhin ist es gut, wenn die Verteilung der Bemühungen umsichtig organisiert ist, und das setzt auf allen Seiten die christlichen Tugenden der Demut und des Verzichts voraus, damit nicht der blinde Eifer einiger das Wirken der andern behindert. Das wird um so leichter sein, je gewohnheitsmäßiger und kindlicher jede Gruppe den Kontakt mit den kirchlichen Vertretern aufrechterhält, die damit beauftragt sind, ihren selbstlosen Einsatz zu lenken und zu nutzen . . .“

„Euer Verband nimmt einen wichtigen Platz unter den internationalen Verbänden ein, und damit übt er auch einen Einfluß auf die offiziellen internationalen Organisationen aus. Hier vor allem könnt ihr zu Vorkämpfern eines Friedens werden, der mit den christlichen Grundsätzen in Übereinstimmung steht, eines Friedens, der die Eigenbröteleien überwindet und gewisse nationale Leidenschaften besiegt, die aus Rachsucht, Eifersucht und Stolz hervorgehen. Bemüht euch daher mit allen Mitteln, die euch zur Verfügung stehen, unter den Völkern eine

Atmosphäre von Vertrauen und Verständnis zu schaffen und ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage der Brüderlichkeit und gegenseitigen Hilfe zu organisieren.“

„Wir beglückwünschen euch besonders zu dem Interesse, das ihr euren zahlreichen verfolgten christlichen Brüdern entgegenbringt, zumal denen in Europa und Asien. Ihr unterstützt sie durch euer Gebet; ihr protestiert zu ihren Gunsten im Namen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes; ihr zieht schließlich Nutzen aus ihrem Beispiel heroischer Treue gegenüber Christus und der Kirche. Ihr Opfer, das sich mit dem des Erlösers verbindet, ist noch kostbarer in den Augen Gottes als der Eifer der Apostel; von ihm erhoffen wir am Tage der Erbarmung die Rückkehr ganzer Völker zur Einheit, die heute erdrückt und gewaltsam von dem einzigen Schafstall getrennt sind, den der gute Hirte errichtet hat.

Außerhalb der Kirche gibt es in der Tat keine tiefe und dauerhafte Einigung. Das ist es, warum eure Aufgabe so schön und so dringlich ist.“

Der Papst über Schule, Weltanschauung und Staat

Am 31. Dezember empfing Papst Pius XII. einen Pilgerzug bayrischer katholischer Lehrer unter Leitung von Rektor Ludwig Gluck, des Präsidenten des bayerischen katholischen Lehrerverbandes, sowie Domkapitular Hubert Fischer, Direktorin Emma Steinle und Rektor Ferdinand Holzer. Der Heilige Vater richtete eine Ansprache an sie, in der er nach kurzen einleitenden Worten sagte:

„... Um jenen Grundsatz auf die katholischen Erziehungsberechtigten anzuwenden, muß die Erfüllung jener staatlichen Pflicht so sein, daß zwischen dem katholischen Heim und der Schule, zwischen den katholischen Eltern und den Lehrern oder Lehrerinnen ihrer Kinder das warme Verhältnis des Sichverstehens, des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit herrsche aus dem Bewußtsein, im Letzten und Tiefsten, im Religiösen, eines Denkens, einer Überzeugung, eines Glaubens zu sein. Es ist damit schon angedeutet, und wir brauchen nicht weiter auszuführen, wie sehr im Mittelpunkt dieser grundsätzlichen Erwägung die Frage der Lehrerbildung steht. Der Lehrer ist ja die Seele der Schule. Er ist es, der ihren Geist bestimmt.

Die Schule, der Jahre hindurch Tag für Tag erteilte Unterricht, wirkt wie eine Naturgewalt, langsam aber stetig, fast unvermerkt, aber um so tiefer. Man sage nicht, diese Unterrichterteilenden sollen eben angehalten sein, in der Schule von ihrer persönlichen Weltanschauung Abstand zu nehmen. Man würde damit von ihnen etwas verlangen, das sie zu leisten einfach nicht imstande sind, nicht einmal in den sogenannten neutralen, geschweige denn in den Gesinnungsfächern. Es wäre aber eine elementare Verletzung der Menschenrechte, wenn man die Eltern gesetzlich zwingen wollte, ihre Kinder der Naturgewalt einer Schule zu überantworten, deren Lehrkräfte den religiösen und sittlichen Überzeugungen des Elternhauses kühl, ablehnend, ja feindlich gegenüberstehen. Vielleicht hat niemand in der Frage der weltanschaulichen Beeinflussung der Jugend durch die Schule so vielseitige Erfahrungen wie die katholische Kirche. Sie hat ihre Erfahrungen über die ganze Welt hin sammeln können. Und das Ergebnis ist eindeutig: Um gar nicht zu reden von der eigentlich laizistischen Schule — in allen gemischten Schulen, Gemeinschaftsschulen, „neutralen“ Schulen ist weltanschaulich sie

die Hauptleidtragende aus dem einfachen Grund, weil ihr religiöses Bekenntnis das denkbar reichste, das geschlossene ist. Dann möge man aber auch Verständnis dafür aufbringen, daß die Kirche um des Bestandes und Wohles der katholischen Familie und ihrer Kinder willen für die katholische Schule und Lehrerbildung sich bis zum letzten einsetzen wird.

Man wende nicht ein, daß die Schule den jungen Menschen zu einem tüchtigen Staatsbürger erziehen müsse, als ob die katholische Schule dies nicht getan hätte und tut. Die katholische Kirche erkennt jene Forderung restlos an. Was ihre Erfüllung angeht, kann die katholische Schule, glauben wir, erhobenen Hauptes vor jede staatliche Autorität hintreten. Schauen Sie auf Ihr eigenes Vaterland. Es hat seit 1914 Prüfungen und Katastrophen höchsten Maßes über sich ergehen lassen müssen. Haben die Katholiken dabei etwa versagt? Muß man nicht im Gegenteil bekennen: Gerade in der Zeit der Not haben sie dem Vaterland, dem Volk, dem Gemeinwohl hochwertige Männer gestellt und wertvollste Dienste geleistet.

Wir segnen, geliebte Söhne und Töchter, Ihre Berufsarbeit. Wir segnen ebenso Ihr mutiges Eintreten für eine Schule und Lehrerbildung, die sich in die geschlossene Einheit des katholischen Glaubens und seiner Weltanschauung mühelos einfügen. Wir segnen alle, die Sie in Unseren Segen einschließen, Ihre Lieben zu Hause und Ihre Schulkinder besonders, und erteilen allen als Unterpand des huldvollen Schutzes der ‚Mutter mit dem Himmelskinde‘ aus der Fülle des Herzens den Apostolischen Segen.“

Der Papst an die Katholische Jugend der Welt

Mitte Dezember fand in Rom die dritte Generalversammlung des Internationalen Verbandes der Katholischen Jugend statt, an die der Heilige Vater eine Botschaft sandte, in der es heißt:

„Ihr, liebe junge Menschen, stellt für Uns die unzählbare Menge Unserer Kinder unter allen Völkern vor, die, vom gleichen Glauben und vom gleichen Eifer für die Sache Gottes beseelt, in den katholischen Jugendorganisationen arbeiten oder im Schweigen ihr manchmal heroisches Zeugnis der Treue zum Herrn ablegen. Die einen wie die andern sind der Stolz der Kirche; aber sie sind auch in der Welt die Hoffnung der neuen Generation. Selten war wohl eine Generation so tiefgehenden und weitgreifenden Umwälzungen ausgesetzt: sie bringen Völker zum Aufruhr, vernichten Zivilisationen, entfesseln die Leidenschaften und untergraben die geheiligtesten Werte der Moral und der Religion. Wie sollten wir nicht von Mitleid erfüllt sein beim Gedanken an so viele junge Menschen heute, die ‚wie Schafe ohne Hirten‘ in Unruhe und Zweifel heranwachsen oder wehrlos der Einwirkung lügnerischer Propaganda ausgeliefert sind?

Als Rahmen eurer Tätigkeit sehen eure Statuten mit Recht vor, daß jede nationale Organisation und die verschiedenen spezialisierten Bewegungen bei ihrem Apostolat unter der Führung der verantwortlichen Hirten echte Handlungsfreiheit genießen. Doch mehr noch als diese berechtigten und notwendigen Freiheiten liebt, liebe Söhne, die brüderlichen Bande, die euch im Schoße der großen katholischen Familie zum gleichen Dienst für die Kirche zusammenschließen. Verlebigt in euren Seelen das Bewußtsein der gemeinsamen Zugehörigkeit zum mystischen Leib Christi, dessen Glieder ihr seid; teilt mit-

einander das Gefühl der katholischen Ehre, die in der Liebe und Bewunderung für unsere Mutter die heilige Kirche besteht, und bemüht euch einträchtigen Herzens, ihre rettende Wirkung in der Welt zu verbreiten; nährt und entfaltet in eurem Geist durch eine hochherzige Hingabe an das Glaubensstudium das Verständnis des christlichen Mysteriums, so wie ihr es beim Singen des Credo verkündet; mit einem Wort, hütet, wie die Perle des Evangeliums, das ‚sentire cum Ecclesia‘, das euch alle um den Statthalter Christi schart und euch vor gefährlicher Kräftezersplitterung bewahrt.

In einer Zeit, wo die Nationalismen sich gefährlich zuspitzen, ist diese brüderliche Einheit der jungen Katholiken — in der Achtung vor der Verbundenheit eines jeden mit seinem Vaterland, seiner Rasse, seiner Kultur — ein kostbarer Trost für Unser Vaterherz. Darf man nicht mit Recht darin ein mächtiges Mittel erblicken, die Wunden der Kriege zu heilen und die Völker zu versöhnen und zu befrieden? Zumal in einem Jahrhundert, das so grausam durch einen gewaltigen Kampf gegen die Religion gezeichnet ist, was für eine leuchtende Hoffnung geht da von dem gemeinsamen Willen der Jugend aller Nationen aus, die für ihr Leben und Handeln die souveränen Rechte Gottes proklamieren: ‚Denn aus ihm und durch ihn und für ihn existiert alles‘ (Röm. 11, 36).“

In bezug auf das Tagungsthema des Kongresses, das die Beziehung der spirituellen Erziehung zum Berufsleben und zur modernen Kultur behandelte, sagte der Heilige Vater: „Kein Zweifel, daß die exakte Treue gegenüber den Pflichten des geistlichen Lebens, die Wir euch nicht genug empfehlen können, euch auch auf den Weg eines fruchtbaren Apostolats im Dienste eurer Brüder in dem Wirkungskreis führt, in den die Vorsehung euch stellen wird.“ Der Heilige Vater gab zum Schluß noch seinem glühenden Wunsch vor Gott Ausdruck, er möge aus der Schar dieser jungen Menschen auch eine immer wachsende Zahl zum Priesterberuf führen.

Der Papst über die seelischen Schäden durch den Lärm

Der Heilige Vater hat am 11. Dezember die Teilnehmer an einer Tagung des italienischen Verbandes zur Lärmbekämpfung empfangen und in einer Ansprache ihr Anliegen hervorgehoben und ihre Bemühungen gelobt. Er erwähnte, daß man schon seit einiger Zeit darum bemüht ist, die Arbeiter in den Fabriken vor den schädlichen Einwirkungen des Lärms zu schützen. Doch heute dringt der Lärm auch schädigend in die Privatwohnungen ein, wo er eine wahre Bedrohung für die Familie, zumal die häusliche Intimität und die Atmosphäre von heiterer Freude bildet, die dort herrschen sollten. „Wir möchten“, so sagte er zum Schluß, „auch betonen, daß die Stille sich nicht nur wohltätig auf die Gesundheit, das nervliche Gleichgewicht und die geistige Arbeit auswirkt, sondern vor allem auch dem Menschen dazu verhilft, in die Tiefe und die Höhe zu leben. Gewiß genügt die äußere Stille nicht, um den Geist zu den höchsten Regionen emporzuführen, aber sie bereitet doch den Zugang dazu vor; sie läßt zu den schwierigsten Übungen des inneren Lebens ein; sie macht dazu bereit, die geheimnisvolle Stimme Gottes selber zu vernehmen, der in der Seele seines Geschöpfes gegenwärtig ist und danach verlangt, ihm seine Güter mitzuteilen.“

An den Katholischen Weltkongreß für Filmfragen

Vom 4. bis 10. Januar tagte in Havana auf Kuba der Dritte Katholische Weltkongreß für Filmfragen. Der erste hatte in Köln 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 521 ff. und 567 f.), der zweite in Dublin 1955 (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 9) stattgefunden. Diese Weltkongresse sind internationale Studientage, die das Internationale Katholische Filmbüro (OCIC) in Brüssel organisiert. Der diesjährige Kongreß behandelte die „Förderung des wertvollen Films durch Vereinigungen für Filmkultur“; eine Tagung des Direktoriums des Internationalen Katholischen Filmbüros war mit ihm verbunden. Das Hauptreferat der Tagung: „Das Apostolat des Films in der Welt“, hielt Professor André Ruszkowski von der Päpstlichen Universität von Perú. Sonderreferate behandelten die Heranbildung geeigneter Leiter für die Filmdiskussionskreise. Anlässlich des Weltkongresses ließ der Heilige Vater durch den Substitut seines Staatssekretariats, Msgr. Dell'Acqua, einen Brief an den Leiter des Internationalen Katholischen Filmbüros, Kan. Bernard, richten, in dem es heißt:

„Man kann gewiß nicht sagen, daß die Kirche durch die Verbreitung der moralischen Filmbewertung nur einen negativen Schutz ausübt. Allein schon durch ihre normativen Urteile formt sie das Gewissen der Gläubigen, sie lenkt ihre Wahl und begünstigt den Erfolg wertvoller Filme. Immerhin muß diese notwendige Aktion durch eine erzieherische Bemühung im eigentlichen Sinn ergänzt werden. Daher will Ihre Tagung . . . die sogenannten Vereinigungen für Filmkultur und ihren Einfluß auf die Verteilung und Produktion der Filme untersuchen.

Eine echte Filmkultur zu schaffen und zu verbreiten ist eine Aufgabe, um die sich die Katholiken bereits in zahlreichen Ländern bemühen. Damit sind sie den Überlieferungen der Kirche treu, die von speziellen und vergänglichen Kulturformen unabhängig bleibt, jedoch immer bereit ist, echte Fortschritte in Kunst und Wissenschaft zu fördern. Und wenn es wahr ist, daß der Film der zeitgenössischen Welt eine neue Form künstlerischen Ausdrucks und kollektiver Erziehung bietet, so sind die Söhne der Kirche besser als irgendwer sonst ausgerüstet, diese auf ihr wahres Ziel auszurichten und sie vor Irrtümern und Entgleisungen zu bewahren . . .

Zur Verwirklichung dieser Prinzipien ist es zu wünschen, daß in den Schulen wie in Jugend- und Erwachsenenkreisen in einer den verschiedenen Gegenden und sozialen Verhältnissen angepaßten Form diese Vereinigungen für Filmkultur, die auf Ihrer Tagesordnung stehen, immer mehr Verbreitung finden. Durch die Entwicklung des kritischen Sinns, durch die Verfeinerung des Geschmacks und die Hebung des kulturellen Niveaus können diese Vereinigungen sehr große Dienste leisten; sie lehren, dem Ablauf eines Films — dank jener ‚geistigen Energie‘ und ‚inneren Reserve‘, von denen der Heilige Vater gesprochen hat — überlegen zu bleiben und durch ein besseres Verständnis der Bildsprache die ästhetische, intellektuelle und sittliche Bedeutung eines Films zu durchschauen: kurz, ihm als Mensch und als Christ gegenüberzutreten. Die Ausbildung der Leiter solcher Vereinigungen hat hier eine entscheidende Bedeutung, und man kann ihre Verantwortung als Erzieher und die Anforderungen ihrer Aufgabe nicht genug hervorheben. Namentlich ist es selbstverständlich, daß sich das angestrebte Ziel nicht erreichen läßt, wenn man bei der Beurteilung eines Films

die moralische Bewertung durch die zuständigen kirchlichen Stellen nicht in Rechnung stellt. In dieser Beziehung ermahnt der Heilige Vater die Mitglieder dieser Kulturgruppen, bei ihren Analysen und Diskussionen die moralische Filmbewertung im höchsten Maße zu beachten. Sie stellt keine von außen herantragene Zensur dar, sondern bildet ein konstitutives Element beim Urteil jedes wohlgeformten christlichen Gewissens. Noch weniger wäre es zulässig, unter dem Vorwand von Studien einer Zuschauerkategorie Filme vorzuführen, die als für sie schlecht und schädlich erklärt worden sind, oder etwa Kindern Filme für Erwachsene vorzuführen. Echte Filmkultur läßt sich nicht außerhalb der Sittengesetze denken.

Wenn man sich dagegen darum bemüht, durch eine gründliche und methodische Bildung der Gläubigen eine disziplinierte und in bezug auf die künstlerischen und sittlichen Qualitäten des Films anspruchsvolle katholische öffentliche Meinung zu schaffen, so ist es unmöglich, daß eine solche Bemühung nicht die Zustimmung aller Menschen guten Willens fände, die die Vorführungen gesunder gestalten, ihr Niveau heben und die Filmkunst entschlossen in den Dienst der höchsten Werte der Kultur und Zivilisation stellen wollen . . .

Über den persönlichen Gewinn hinaus, den jeder aus dem Besuch solcher Vereinigungen für Filmkultur ziehen kann, handelt es sich um unsere kollektive Verantwortung in bezug auf die Filmproduktion und um unsere Pflicht, deren fortlaufende Besserung zu bewirken . . .“

Die spanischen „Arbeiter-Universitäten“ und ein weiteres Schulbauprogramm

Zu den vier kürzlich eröffneten „Universidades Laborales“ in Gijón, Sevilla, Córdoba und Tarragona (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 163) ist noch eine fünfte, kleinere mit dem Namen „St.-Josefs-Stiftung“ in der nordspanischen Provinzhauptstadt Zamora hinzugekommen. Die fünf Aufbauschulen wurden nacheinander um die Jahreswende eröffnet (die größte in Gijón, weitläufiger als der Escorial, schon 1955) und haben zunächst ein Probejahr mit zusammen 3250 Schülern begonnen; nach und nach wird diese Schülerzahl vervierfacht werden. Die Schüler, für die ein jährliches Staatsstipendium von jeweils 16500 Peseten (1650 DM) ausgesetzt ist, entstammen bedürftigen Land- und Industriearbeiterfamilien oder sind Waisen; über die Methoden der Auswahl ist nach wie vor nichts bekannt geworden.

Nach den von den beiden Ministerien für Nationale Erziehung und für Arbeit herausgegebenen Statuten vom 12. Juli 1956 sind die „Arbeiter-Universitäten“ (der Name ist, wie schon betont, irreführend, da die Schulen zuunterst beginnen und spätestens mit der Hochschulreife schließen) eine „oberste Kultureinrichtung der Arbeiterwelt in ihrer dreifachen menschlichen, technischen und beruflichen Dimension, die unter der Vormundschaft (tutela) des Staates von den spanischen Arbeitern gegründet und unterhalten wird“. Für die Leitung der Schulen wurden vom Staat ein Rektor und verschiedene technische, wissenschaftliche und politische Kommissionen bestellt; im übrigen wurde das Aufbauwerk von den Sozialversicherungen der Syndikate getragen. Die sozialpolitische Erziehung in den Schulen wird von Angehörigen der falangistischen „Jugendfront“ (Frente de Juven-

tud) übernommen; dagegen scheint unter den eigentlichen Lehrern eine optimale Auswahl stattzufinden, indem auch hier das in Spanien erhalten gebliebene Hochschulsystem der „oposición“, des öffentlichen Wettbewerbs der Lehrerkandidaten, durchgeführt wird und die Ausgewählten auch dann erst nach einjähriger Probezeit ihr endgültiges Diplom erhalten. Die Schulfächer sind: Religion, spanische Bräuche, Sprache und Literatur, Erdkunde, Geschichte, Musik, Mathematik, Naturwissenschaften, Physik, Chemie, Landbau- bzw. Industrietechnik, Zeichnen, Sozialschulung, Turnen und praktische Arbeiten.

„ . . . ein völlig neues Spanien“

Die Internatsleitung haben in Gijón die Jesuiten, in Córdoba die Dominikaner übernommen. Der Bischof von Córdoba, Vorsitzender der Sozialen Wochen Spaniens und selbst Dominikaner (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 225), erklärte bei der Eröffnung: „Es gibt in der Geschichte der Menschheit kein Werk wie dieses. Durch gründliche Ausbildung verkürzt es die Distanz, die zwischen den sozialen Klassen besteht. Die Arbeiter und ihre Kinder haben dieses Bildungszentrum seit Jahrhunderten ersehnt. Heute hat für den spanischen Arbeiter eine bessere Zukunft begonnen.“ Die monarchistische „ABC“ schrieb in einem nicht gezeichneten Jahresrückblick (30. 12. 56): „Damit beginnt die echte Revolution von unbegrenzter Reichweite, die die Grundmauern eines völlig neuen Spaniens aufrichtet.“ Wenn man nach den enormen Kosten fragt, die dieser Aufbau verschlungen hat, erhält man statt Zahlenangaben die treffende Antwort: „Eine Bomberflotte kostet mehr.“

Der Schöpfer der Arbeiter-Universitäten, der 45jährige spanische Arbeitsminister J. A. Girón (u. W. der einzige spanische Minister, der seit 1941 bis heute unverändert sein Ressort bekleidet), hatte im Herbst 1950 erklärt: „Wir gehen daran, gigantische Arbeiter-Universitäten zu schaffen, Burgen einer neuen Rückeroberung, wo ihr (spanische Arbeiter) und vor allem eure Söhne fähig werden, nicht nur gute Arbeiter zu sein — denn das ist wenig, und das wollen auch unsere Feinde. Wir wollen vielmehr großartige Stätten schaffen, wo außer technisch besseren Arbeitern Menschen von oben bis unten herangebildet werden, geschult in allen Bereichen der Intelligenz, fähig gemacht für alle Schlachten des Geistes, der Politik, der Kunst, der Führung und der Macht.“ Im Herbst 1955 fügte der gleiche Minister hinzu: „Spanien will natürlich starke und würdige Arbeiter, aber es will vor allem anderen *freie* Arbeiter, die die Fesseln der Unwissenheit gesprengt haben und durch unsere universale Kultur befreit worden sind.“ Das ist gewiß ein hohes und edles Ziel, aber der spanische Staat sollte neben dieser Freiheit des intellektuellen Aufstiegs nicht auf die Freiheiten des Glaubens, der politischen Meinung und der Meinungsäußerung vergessen! Zwischen den heutigen Verhältnissen und dem Damoklesschwert des spanischen Anarchismus ist noch genügend Raum, um in stetiger Liberalisierung das einstige Notstandsregime in den Sozialstaat einer freien und mündigen Gesellschaft umzuwandeln.

Staatsanleihe für 25 000 Volksschulen

Auf die seit eh und je katastrophale Lage im spanischen Volksschulwesen haben wir in unserer letzten Spanienmeldung schon hingewiesen (vgl. ds. Jhg., S. 163). Allein der Mangel an Schulen macht die bestehende Schulpflicht für

das 6. bis 11. Lebensjahr (jeweils einschließlich) vielfach illusorisch. Nach dem Stand von Anfang 1955 hatte Spanien ein Defizit von 23 900 Schulen; durch das starke Bevölkerungswachstum erhöht sich dieser Bedarf jährlich um 1000 weitere, so daß gegenwärtig dem Land (wenn man von Kindergärten und einer Aufbaustufe für die 12- bis 14-jährigen noch absieht) mindestens 26 000 Volksschulen fehlen (nach: „Spanische Nachrichten“, Bonn, Dezember 1956).

In seinem ordentlichen Haushalt hat der spanische Staat in diesem Jahr mit 187 Millionen Peseten rund 0,8% seines Gesamtetats für Schulbauten eingesetzt. Die tatsächlich erforderliche Summe beträgt natürlich ein Vielfaches und überschreitet die Möglichkeiten eines normalen Staatshaushalts. Aus diesem Grund haben die „Cortes“ (das Parlament) in ihrer letzten Sitzung des Jahres 1956 eine gestaffelte Staatsanleihe von insgesamt 2,5 Milliarden Peseten (250 Millionen Mark) bewilligt, die 1957 mit 300 Millionen Peseten anlaufen und bis 700 Millionen im Jahr 1961 ansteigen soll. Die technische Durchführung wurde in weitgehender Dezentralisierung den vor drei Jahren konstituierten Provinzial-Schulbaubehörden übertragen, die ihre Pläne und Haushalte dem Erziehungsministerium vorzulegen haben. Da die Kommunen zur Bereitstellung von Bauplätzen und einer angemessenen Beteiligung durch Zuschüsse und Kredite verpflichtet sind, wird die Staatsanleihe im Laufe der nächsten fünf Jahre den Bau und die Einrichtung von 25 000 einfachen, aber mit allem Notwendigen ausgestatteten Volksschulen ermöglichen. Es handelt sich um das größte und umfassendste Schulbauprogramm, das jemals von einer spanischen Regierung entwickelt wurde.

Religiöse Erziehung und Sprachenfrage im Elsaß In den kommenden Wochen wird sich der Generalrat des Unterelsaß auf seiner Frühjahrssitzung erneut mit der Frage des deutschsprachigen Unterrichts für die französischen Departements befassen, die in überwiegender Mehrzahl von einer deutschsprechenden Bevölkerung bewohnt werden. Zur Zeit ist die Lage so, daß Deutsch als Unterrichtsfach erst vom 12. Lebensjahr an auf den Elementarschulen gelehrt wird. Für die Katechetik und Seelsorge der Kirche hat diese Regelung zur Folge, daß die auf den Schulen herrschende Einsprachigkeit bis zum 12. Lebensjahr nur ein Zurückgreifen auf den französischen Katechismus erlaubt, der für die Mehrzahl der aus deutschsprechenden Familien stammenden Kinder, zumal in den unteren Klassen, schwer verständlich ist und in den meisten Fällen geistig unverarbeitet bleibt. Die Crux für die kirchliche Seelsorge besteht darin, daß die Kinder im Gegensatz zu ihren Eltern, die Hochdeutsch lesen und schreiben können und im Alltag „Elsässerdeutsch“ sprechen, weder die deutsche Sprache ausreichend lesen und schreiben lernen, weil sie erst sehr spät und nur für kurze Zeit mit ihr vertraut gemacht werden, noch die französische, die sie wohl ausreichend während ihrer Schulpflichtjahre lernen, die sie jedoch später nach Abgang von der Schule in den einfachen ländlichen Milieus nicht mehr benutzen. Was daher der Religionsunterricht den Kindern in frühen Jahren an Wissen vermittelte, verliert sich bald wieder, weil die sprachlichen Schwierigkeiten, die mit der Wissensaufnahme verbunden waren, die kindlichen Fähigkeiten überforderten. Später, wenn der Jugendliche bzw.

Erwachsene seine religiöse Fortbildung selbständig in die Hand nehmen müßte, fehlen ihm die Voraussetzungen dazu: er hat niemals eine Schriftsprache wirklich beherrschen gelernt. Das ist der Grund, weshalb sowohl Katholiken wie Reformierte und Lutheraner eine Revision des Unterrichtsplans zugunsten eines frühzeitigen Beginns des deutschsprachigen Unterrichts an den elsässischen Grundschulen fordern.

Das Recht auf Muttersprache

Das Recht auf Unterricht in der Muttersprache ist eines der vornehmsten Naturrechte. Es wird heute fast überall in den europäischen Ländern respektiert. Es gibt auch keine romanischen Minderheiten, die sich in dieser Hinsicht beklagen können. Auffallend ist jedoch, daß, wenn das Recht auf Unterricht in der Muttersprache ignoriert wird, dies nur in romanischen Ländern der Fall ist. Die französischsprachigen Minderheiten in Kanada, in Italien, in den Vereinigten Staaten, von der Schweiz nicht zu reden, erfreuen sich entweder eines Prioritätsrechtes für ihre Muttersprache wie in Quebec oder zum mindesten völliger Gleichstellung. Um so unbegreiflicher ist es, daß in Frankreich selbst die verschiedenen Muttersprachen der Minoritäten von jeher mißachtet wurden; hier wurden seit 1945 nicht nur keine Fortschritte gemacht (wie z. B. im Aostatal in Italien), sondern gewaltige Rückschritte. Ein Beispiel dafür ist das Elsaß und der deutschsprachige Teil von Lothringen. Von 1945 bis 1953 gab es an den elsässischen Schulen überhaupt keinen Deutschunterricht, von 1953 ab wurde der Deutschunterricht auf zwei Wochenstunden in den zwei letzten Volksschuljahren beschränkt. Auch in den Kleinkinderschulen wird nicht deutsch gesprochen. Hier sind Lehrerinnen angestellt, die kein Wort Deutsch verstehen. Sogar die kleinsten Kinder haben also in den sogenannten „écoles maternelles“ kein Recht darauf, sich in ihrer Muttersprache an ihre Lehrerinnen zu wenden, wenn sie etwas bedrückt; denn die Kinder reden wie daheim nur „Elsässerdeutsch“.

Die Einstellung der Kirche

Das Problem „Religion und Muttersprache“ hat Theodor Grentrup SVD gründlich behandelt in einem Werke gleichen Titels (erschienen in der Aschendorffschen Buchhandlung, Münster 1932). Im ersten Hauptteil behandelt der Verfasser u. a. auch die naturrechtlich begründete Theorie des Sprachenrechts, das Recht der Kinder und der Eltern auf die Erlernung der Erstlingssprache der Kinder, der Muttersprache. Der zweite und ausführlichere Hauptteil behandelt auf über 400 Seiten die Frage der „Verwendung der Muttersprache auf religiös-kirchlichem Gebiete“, wobei Grentrup vom Sprachenwunder des Pfingstfestes und der paulinischen Lehre von der Gleichheit der Völker und dem Sprachencharisma ausgeht.

Danach ist die Muttersprache ohne Zweifel die beste Vermittlerin der religiösen Kenntnisse, da sie an das Familienleben anknüpft, in dem die Muttersprache zu allen Zeiten die Gebetsprache war. Im Elsaß herrschte seit dem 16. Jahrhundert die hochdeutsche Schriftsprache; vorher war — wie schon der Weißenburger Katechismus und der „Krist“ Otfrieds beweisen — ein deutscher Dialekt die Kirchensprache für Gebet, Predigt und Beichte des elsässischen Volkes. Die Diözesansynode zu Basel bestimmte 1503: „Die Seelsorger sollen an allen Sonntagen den Pfarrkindern den betreffenden Abschnitt des Evangeliums

in ihrer Muttersprache erklären.“ Das ganze Oberelsaß gehörte bis zur Französischen Revolution zum Bistum Basel und Basel selbst bis 1501 zum Elsaß. Grentrup hebt hervor, „daß in der Zeit vor 1870 nicht nur die stammdeutsche Geistlichkeit des Elsaß, sondern auch führende Geistliche aus dem französischen Volke, wie der Straßburger Kanonikus Cazeaux und der Metzger Bischof Dupont des Loges, mit aller Entschiedenheit für die muttersprachliche Seelsorge in den deutsch(sprachigen) Gemeinden eingetreten sind.“ Dasselbe gilt erst recht für den großen Straßburger Bischof Raefs.

Die Stellungnahme der Bischöfe seit 1918

Der erste Straßburger Bischof nach 1918, Msgr. Ruch, war zwar Elsässer, aber nicht deutschsprachig. Trotzdem erklärte er 1926 in Nancy und 1927 in Angers, die Kinder, die elsässischen Dialekt sprechen, verstünden einen Religionsunterricht in französischer Sprache ebensowenig, wie wenn er auf chinesisches bzw. auf spanisch erteilt würde. Die elsässischen Katholikenkongresse, die jedes Jahr abgehalten wurden, verlangten unter seinem Vorsitz immer wieder Deutschunterricht vom ersten Volksschuljahr an, und zwar überall da, wo deutsch gepredigt werde und der Religionsunterricht auf deutsch besser zu den Herzen spreche. Von 1927 an wurde Deutschunterricht vom zweiten Halbjahr des zweiten Schuljahrs an in zwei Wochenstunden erteilt, während früher erst vom dritten Schuljahr an Deutschunterricht (und zwar sieben Wochenstunden) gegeben wurde (Dekret Poincaré-Pfister zur Ermöglichung des deutschsprachigen Religionsunterrichts vom dritten Volksschuljahr an). Die Kinder sollten bei Beginn des Religionsunterrichts Deutsch lesen können.

Auch der jetzige Straßburger Bischof, Msgr. Weber, der von Haus aus selbst deutschsprachig ist, seine Studien jedoch in Innerfrankreich absolviert hat und im Anschluß daran längere Zeit in Frankreich tätig war, trat auf Grund einer Enquete der Colmarer katholischen Zeitung 1949 dafür ein, daß die Kinder ausreichend die deutsche Sprache in den Schulen lernten, weil die Religion überliefert wird und keine Spaltung zwischen den Generationen einer Familie eintreten darf. Da der Deutschunterricht bis 1953 in den Volksschulen jedoch ganz abgeschafft war, ohne daß man das Volk und seine Vertreter befragt hätte, konnte kein deutscher Katechismus eingeführt werden; die Kinder hätten ihn nicht lesen können. Msgr. Weber sprach seine Sorge über diese Zustände (Diözesanblatt vom 15. 3. 52) sehr klar aus: „Nehmen wir an, es sei gelungen, den Kindern eine solide, rein französische religiöse Bildung während ihrer Schulzeit zu geben: was wird aus dieser Bildung nachher werden, wenn die Kinder als Erwachsene nicht oder nur selten französisch sprechen? Da diese religiöse Kultur nicht durch die gebräuchliche Sprache getragen werden wird, wird sie schnell zu etwas ganz Heterogenem werden und der Vergessenheit anheimfallen.“

Die Gefahr für die Seelsorge und die religiöse Zukunft des Elsaß kann nicht schärfer gekennzeichnet werden. Sie wird so lange in ihrer akuten Form bestehen, bis wenigstens nach Wiederinkrafttreten des Dekrets Poincaré-Pfister die Kinder vor Beginn des Religionsunterrichts wieder Deutsch lesen lernen dürfen. Die vor 1939 erhobene Forderung nach Deutschunterricht vom ersten Schuljahr an verliert damit nichts von ihrer elementaren Berechtigung, wenn man sich auch heute damit begnügt,

lediglich die Wiedereinführung des Dekrets von 1927 zu verlangen. Das taten die evangelisch-reformierten Christen des Elsaß im Oktober 1956, der unterelsässische Generalrat im November und der Straßburger Stadtrat im Dezember. Die Reformierten sprachen dabei die Hoffnung aus, es möge den vereinten Anstrengungen von Protestanten und Katholiken endlich gelingen, dieses Ziel zu erreichen.

Die Haltung der Päpste im 20. Jahrhundert

P. Grentrup liefert reiches Material, das die Forderungen der elsässischen Katholiken und Protestanten nur stützen kann. Von den Päpsten dieses Jahrhunderts hat sich am klarsten und entschiedensten Benedikt XV. zu dieser Frage ausgesprochen. Er richtete 1915 an die amerikanischen Bischöfe ein Rundschreiben und ermahnte sie, für die Italiener in ihren Diözesen die Seelsorge von Geistlichen durchführen zu lassen, die Italienisch, ja sogar die entsprechenden regionalen Dialekte beherrschen.

In der kanadischen Provinz Ontario, die eine französische Minderheit aufweist, beklagten sich die Katholiken über eine ungebührliche Bevorzugung der englischen Sprache in Kirche und Schulen. In seinem Schreiben vom 8. 9. 1916 betonte Benedikt XV., es sei Sache der Bischöfe, diese Streitigkeiten über den Gebrauch der beiden Sprachen zu schlichten, im Notfall solle der Apostolische Stuhl angerufen werden. Der Regierung von Ontario schreibt der Papst das Recht zu, die Erlernung der englischen Sprache zu verlangen. Dann heißt es: „Es liegt kein Grund vor, den in dieser Provinz wohnenden französischen Kanadiern das Recht abzuerkennen, in entsprechender Weise zu fordern, daß in Schulen, die ihre Kinder in gewisser Zahl besuchen, die französische Sprache gelehrt werde; auch scheinen sie wahrlich nicht tadelnswert, daß sie eine ihnen teure Sache schützen.“ In einem Schreiben vom 7. 6. 1918 heißt es ausdrücklich: „Sie können verlangen, daß während der ersten Jahre des Schulbesuchs wenigstens in einigen Lehrgegenständen, besonders und vor allem im Religionsunterricht, der Gebrauch der Muttersprache zugestanden wird.“

Auch Pius XII. ist für die sprachlichen Minderheiten in seinen Weihnachtsbotschaften von 1941 und 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 215) entschieden eingetreten.

Algerien und die Weihnachtsbotschaft des Papstes

Während in Algerien die Unruhen nicht aufhören, immer wieder von Rebellenaktionen gemeldet wird, während gleichzeitig Frankreich sich bemüht, ein neues Statut für diesen seinen Besitz auszuarbeiten, und bereits eine verwaltungsmäßige Neuordnung eingeführt hat, die die bisherigen drei überseeischen Departements Algier, Oran und Constantine in 12 neue Departements aufgliedert, bei allen seinen Reformplänen aber ohne Mitarbeit der mohammedanischen Chefs vorgeht und damit das Gelingen seiner Pläne von vornherein aufs schwerste gefährdet, erhebt die Kirche, sowohl in Frankreich wie in Algerien selber, immer wieder ihre Stimme, um an die Notwendigkeit brüderlichen Zusammenwirkens zu gemahnen.

Der Erzbischof von Algier, Msgr. Duval, sagte in seiner Neujahrsansprache, es sei von äußerster Dringlichkeit, daß alle Menschen, die von dem Willen zum Frieden er-

füllt seien, diesen auch mit der Tat bezeugten. „Wir müssen und können“, so sagte er, „auf Algerien anwenden, was der Papst der ganzen Welt gesagt hat. Eine einzige gemeinsame und kraftvolle Haltung all derer, die die Wahrheit und das Gute lieben, kann den Frieden und die Menschen retten.“

„Zahlreich sind in Algerien die Angehörigen der verschiedenen religiösen Bekenntnisse, die sich davon Rechenschaft ablegen, daß die gemeinsamen geistigen Werte durch den atheistischen Materialismus bedroht sind.

Zahlreich sind ebenfalls die, die klar erkennen, daß es wahren Frieden nur in der Achtung der Rechte aller geben kann. Eines Tages wird sich die Einsicht durchsetzen, daß Algerien nur bei friedlichem Zusammenleben der religiösen Gemeinschaften, die es bilden, existieren kann. Die Waffen müssen endlich schweigen. Aber dafür müssen die Herzen reden. Die Initiative zu diesem brüderlichen Gespräch muß hier in Algerien selber ergriffen werden.“

„Im Namen dieser Treue gegenüber Gott ist es niemals erlaubt, nicht einmal zur Verteidigung einer für gerecht gehaltenen Sache, von Gott verbotene Mittel anzuwenden. Dieses Verbot gilt für alle Menschen und gestattet keine Ausnahme. Es ist eine Schande für einen Menschen, ungerichterweise einen Unschuldigen leiden zu lassen. Alles in allem ist es besser, zu sterben, als ein Verbrecher zu werden . . .“

„Oft schon haben wir Gelegenheit gehabt, uns in Ergriffenheit und Ehrfurcht vor den wunderbaren Beispielen des Vergebens zu neigen, das uns Angehörige von Opfern grausamer Attentate gegeben haben, und vor dem Heldentum jener — Christen, Mohammedaner und Juden —, die ihre Weigerung, ihr Gewissen mit einem Verbrechen zu beflecken, mit dem höchsten Opfer bezahlt haben . . . Es ist eine Mißachtung der Sache, die man verteidigt, wenn man ihr zuliebe Unrecht und Gewalt einsetzt. Und es heißt nicht die Toten ehren, wer immer sie sind; es heißt ihr Gedächtnis schänden, wenn man an ihren Särgen unschuldiges Blut vergißt.“

Aus der totalitären Welt

Die Lage in Polen

Die staatlichen und die kirchlichen Autoritäten in Polen sind in gleicher Weise bemüht, das labile Gleichgewicht zu stärken, in dem das Land sich außen- und innenpolitisch befindet.

Rundfunkrede Kardinal Wyszynskis

In seiner Rundfunkansprache am Weihnachtsabend nannte Kardinal Wyszynski folgende zehn Punkte als Ziele, die die katholische Kirche in Polen anstrebt und für die sie arbeitet:

1. Polen soll in der Gnade stehen, in der Treue zur Kirche, zum Evangelium und zum Kreuz, auf dem Boden, den ihm der Vater der Völker gegeben hat.
2. Polen soll ein wirkliches Vaterland sein für alle seine Kinder, daheim und in der Zerstreung über alle Kontinente.
3. Polen soll das Heiligtum der Familie und die unverbrüchliche Treue der Ehen schützen.
4. Polen soll das Recht der Ungeborenen schützen.
5. Polen soll seine Jugend im Geiste der ehrwürdigen Tradition seiner tausendjährigen christlichen Kultur erziehen.

6. Polen soll allen seinen Kindern Gerechtigkeit und Liebe erweisen.

7. Polen soll fähig werden, alle seine Kinder zu ernähren, so daß niemand mehr Hunger leidet oder arbeitslos ist.

8. Polen soll ein Beispiel der Treue zur eigenen Heimat und der Friedensliebe gegenüber allen Völkern werden.

9. Polen soll den Weg des sozialen Fortschritts in stetigem Einklang mit dem christlichen Geist der Gerechtigkeit und der sozialen Liebe gehen.

10. Polen soll in der Familie der Völker den Platz und die Rechte bekommen, die ihm gebühren.

Alle Polen, so sagte der Kardinal, seien eingeladen, am gemeinsamen Weihnachtstisch Platz zu nehmen. „Wir erstreben die nationale Einigkeit. Die Kirche erleuchtet unsere Bestrebungen mit dem Bilde Christi, dem herrlichen Bilde der Bescheidenheit und Liebe zum Nächsten.“ Kardinal Wyszynski hat in jeder seiner zahlreichen bisherigen Reden in allen Teilen Polens zu dieser Einigkeit im Zeichen der Gerechtigkeit aufgerufen.

Das gleiche Grundmotiv hatten auch die Reden Gomulkas und der Kundgebungen der „Nationalen Einheitsfront“ vor den Wahlen zum neuen Sejm am 20. Januar 1957. Zur Einleitung der Wahlkampagne erklärte Gomulka am 1. Dezember: „Polens Weg zum Sozialismus ist nur möglich auf der Basis einer Zusammenarbeit der Arbeiterpartei mit den anderen nichtkommunistischen Parteien, die das Programm der Arbeiter befürworten. In diesem Rahmen ist auch eine politische Betätigung fortschrittlicher Katholiken durchaus möglich.“ Und der Wahlauf-ruf der „Nationalen Einheitsfront“ verspricht „gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Bürger, ungeachtet ihrer Herkunft, Nationalität und ihres Glaubensbekenntnisses“.

Die Sejmwahlen

Im Augenblick des Redaktionsschlusses ist noch nicht bekannt, wie die Sejmwahlen am 20. Januar ausgefallen sind. Für 459 Parlamentssitze kandidieren auf einer Einheitsliste 723 Kandidaten. Die Wähler können eine gewisse Auswahl treffen; denn gewählt ist nur, und zwar in der Reihenfolge der empfangenen Stimmen, wer mehr als 50% der Stimmen aller Wahlberechtigten seines Bezirks erhält. Theoretisch könnte also durch vollständige Wahlenthaltung der Mehrheit ein zweiter Wahlgang erzwungen werden, womit man allerdings nicht rechnet. Eine Wahlenthaltung käme einem Mißtrauensvotum gegen Gomulka gleich, das unabsehbare politische Folgen haben könnte. Praktisch bleibt den Wählern also nur die Möglichkeit, besonders mißliebige Kandidaten durchfallen zu lassen. Auch darin wird sich die Stimmung des Volkes zeigen. Auf der Einheitsliste kandidieren 50% Mitglieder der kommunistischen Vereinigten Arbeiterpartei, daneben aber auch 25% Kandidaten der Vereinigten Bauernpartei und 10% der Demokratischen Partei, zu 15% auch parteilich nicht gebundene Persönlichkeiten und prominente Mitglieder der im Entstehen begriffenen katholischen Gruppierungen, außerdem auch direkt von den Gewerkschaften, den Arbeiterräten und anderen Verbänden und Einrichtungen benannte Kandidaten. Die Kommunisten haben im Zuge der Entstalinisierung ihres Parteiapparates viele der bisherigen Funktionäre nicht mehr benannt. Der neue Sejm soll nach der Wahlproklamation der Nationalen Front tatsächlich „das höchste Organ der Staatsmacht“ werden und die Regierung kontrollieren. Er soll „die Offenheit des politischen Lebens“

garantieren. Der Einfluß der Partei auf den Staat soll durch ihn hindurch wirksam werden, das heißt in der Weise, daß auch der Minorität der nichtkommunistischen Abgeordneten die Möglichkeit eines gewissen Einflusses eingeräumt wird. Diese Wahl ist demnach zwar nicht schlechthin frei und demokratisch, aber sie ist die freieste, die es bisher im sowjetischen Machtbereich gegeben hat. Und deshalb hängt sehr viel für Polens Zukunft von ihr ab.

Die politischen Kräfte

Die Mahnungen zur Einigkeit und Mäßigung während des Wahlkampfes, wenn man dieses Wort gebrauchen darf, waren nicht überflüssig. Die Stabilität des Regierungssystems von Gomulka wird sowohl von den „konservativen“, d. h. stalinistischen, Kreisen innerhalb der eigenen Partei wie auch von denjenigen Gruppen bedroht, die eine volle Demokratisierung verlangen. Wie es scheint, drängen vor allem die Kräfte der Jugend in dieser Richtung, ein neues Beispiel für das Versagen der kommunistischen Erziehung. In mehreren Städten kam es bei der Aufstellung der Kandidaten zu lauten Protestkundgebungen studentischer Versammlungen. Die Studenten protestierten dagegen, daß die Ausschüsse der Nationalen Front zwar freie Vorschläge gestatteten, die letzte Auswahl jedoch selbst vornahmen.

Aber nicht nur die studentische, sondern die gesamte Jugend ist ein Herd der Unruhe. Der frühere kommunistische Jugendverband ist völlig zerfallen, und an seine Stelle sind zahlreiche Gruppen und Bünde getreten, die sich „kommunistische“, „sozialistische“, „revolutionäre“, „Arbeiter“-Jugend oder auch anders nennen und sehr verschiedene Ideen und Ziele zu haben scheinen.

Am 7. Dezember ist der Versuch unternommen worden, die Gesamtheit der neu auftauchenden Gruppen und Bünde in einem „Revolutionären Jugendverband“ zusammenzuschließen. Aber selbst der amtliche polnische Pressedienst mußte zugeben, daß die Proklamation dieses Verbandes erst „nach einer zweitägigen ungewöhnlich stürmischen Diskussion über die programmatischen und organisatorischen Grundlagen sowie über die Ziele und Aufgaben des neuen Verbandes“ zustande kam. Es bleibt demnach abzuwarten, ob sich in der Jugend eine organisatorische und vor allem eine ideelle Einheit neu herausbildet. Die katholische Jugend hat sich nicht organisiert; wie es heißt, bestehen in ihren Kreisen nur lose, kleine Gruppen, die sich aber jeder politischen Stellungnahme enthalten.

Auch in den Kreisen der Intellektuellen regt sich der Wille zur Freiheit immer deutlicher. Bezeichnend ist dafür eine Entschließung, die Mitte Dezember von der Parteikonferenz der Universität Warschau gefaßt wurde: „Der Gedanke der Befreiung des Menschen von allen Formen der wirtschaftlichen und geistigen Unterdrückung, der der wesentlichste Inhalt des Sozialismus ist, muß seinen Ausdruck in den politischen Verhältnissen finden, denen eine Analyse der Gegenwart, eine wissenschaftliche Untersuchung der Tatsachen zugrundeliegt, die von den Schöpfern des marxistischen Programms des Sozialismus noch nicht erkannt waren.“ Auf Antrag der Universitäten sind nach Mitteilung des amtlichen Nachrichtendienstes eine Anzahl von Professoren und Dozenten, die in den vergangenen Jahren entlassen worden waren, wieder in ihre Ämter eingesetzt worden. Auch der polnische Schriftstel-

lerverband, der auf seinem Landeskongreß im Dezember den Dichter Anton Slonimski zu seinem Vorsitzenden wählte, tritt für weitere Demokratisierung des geistigen Lebens ein.

Die Gründe für das Abkommen mit der Kirche

Unter diesen Verhältnissen, die durch die wirtschaftliche Unzufriedenheit der Berufstätigen noch erschwert werden, ist das Übereinkommen zwischen Gomulka und der Kirche innenpolitisch ein nicht weniger bedeutendes Ereignis als das Abkommen mit Moskau auf dem Felde der Außenpolitik. In der kommunistischen Partei besitzt Gomulka im Augenblick kein zuverlässiges Machtinstrument. Infolge der Absetzung einer großen Zahl stalinistischer Funktionäre und der Verkleinerung der Bürokratie aller staatlichen und parteilichen Organisationen, bei der viele ihre Posten verloren haben, herrscht in ihren Reihen eine Atmosphäre der Unsicherheit, des gegenseitigen Mißtrauens, der Denunziationen und Intrigen. Wie der Sonderkorrespondent von „Le Monde“ (20. 12. 56) seinem Blatt berichtet, ist sie zu einer „unzusammenhängenden Masse geworden, die von zahlreichen gegensätzlichen Strömungen durcheinandergeschüttelt wird“. Nach diesem Bericht schätzen die Führer der Partei die Zahl der zuverlässigen Kommunisten in Polen auf höchstens vierhunderttausend. Darum kann Gomulka die Gefahren, die ihm von dem ungarischen Beispiel einerseits und von der prekären Wirtschaftslage andererseits drohen, nur überwinden, wenn es ihm gelingt, eine in Wirklichkeit nationale Einheitsfront zu schaffen, die unter Zurückstellung aller ideologischen Fragen zunächst nur an das gemeinsame Vaterland denkt, wie Kardinal Wyszynski es immer wieder fordert. Die Regierung versucht das zu erreichen, indem sie die dringendsten Beschwerden aller verschiedenen Kreise, seien sie wirtschaftlicher und sozialer Natur oder rechtlichen, politischen und menschlichen Inhaltes, zu berücksichtigen sucht und im übrigen zur Geduld auffordert.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch das Abkommen zwischen Staat und Kirche gewertet werden, dessen wesentlichen Inhalt die Herder-Korrespondenz im vorigen Heft (S. 168) mitteilte. Die Vertragspartner haben sich im Augenblick höchsten nationalen Notstandes zusammengefunden, wobei sich die Kirche ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk bewußt war. Das zeigen alle Äußerungen des Kardinals. Gomulka bewies seinerseits genügend Einsicht, um zu erkennen, daß die Kirche die im Augenblick vielleicht stärkste bindende Kraft im Volk ist. Aus diesen Einsichten folgt, daß das neue Abkommen in einem anderen Geist zustande kam als jener Vertrag, der am Anfang der Kirchenverfolgung stand. Beide Partner wußten aber auch, daß sich die kirchlichen Probleme ebenso wie alle anderen nur allmählich in dauerhafter und voll befriedigender Weise lösen lassen. Zunächst konnte buchstäblich nur ein Modus vivendi gesucht werden, der der Kirche das unabdingbare Minimum von Freiheit garantierte und dem Staat gestattete, sein Prestige zu wahren, der ferner alle Fragen zurückstellte, über die eine Einigung sehr viel schwieriger sein wird.

Zu diesen Fragen gehört die Forderung der Kirche nach der Wiederherstellung der Organisationen auf caritativem, berufsständischem und besonders auf jugenderzieherischem Gebiet, die volle Freiheit der Verkündigung, namentlich durch eine katholische Literatur und Presse,

die Rückgabe des beschlagnahmten oder vielmehr konfiszierten kirchlichen Eigentums, darunter vor allem der Klöster, Krankenhäuser und sonstigen kirchlichen Anstalten, die Wiederzulassung der Orden zu ihren früheren Tätigkeiten und im früheren Umfang, die Wiederherstellung der Theologischen Fakultäten und die ausschließlich kirchliche Erziehung des Priesternachwuchses, die Frage der von marxistischer Ideologie getragenen Lehrpläne in den Schulen und manches andere. Das Prestige des Staates oder der Partei wird berührt durch das Problem der Priester, die sich in der Vergangenheit durch ihr Zusammenarbeiten mit dem stalinistischen System kompromittiert haben, ganz besonders aber durch die kirchliche Verwaltung der deutschen Ostprovinzen.

Die deutschen Ostgebiete

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die nunmehr gefundene Regelung dieser Frage von der polnischen Regierungspropaganda falsch ausgelegt wird. In großer Aufmachung meldete sie, daß am 16. Dezember in Breslau, Oppeln, Allenstein, Danzig und Landsberg a. d. W. „die neuen Bischöfe feierlich eingeführt wurden“, die „vom Heiligen Stuhl ernannt sind“. Besonders wurde die Einführung „des neuen Erzbischofs von Breslau, Dr. Boleslaw Kominek, hervorgehoben. Ebenso ist die Rede von der „feierlichen Übernahme der Diözese Ermland (des zweiten deutschen Bistums im Osten) durch Bischof Wilczynski“. Die gleiche Entstellung der Tatsachen, nur noch um eine Nuance größer, findet sich in der dem Pax-Verlag gehörigen sogenannten katholischen Zeitung „*Slowo Powszechne*“. Sie schreibt: „Die Bischöfe in den Westgebieten sind nicht Vikare, sondern residierende Bischöfe mit allen Rechten eines bischöflichen Ordinarius. Bischof Nowicki (in Danzig) ist nicht Koadjutor, sondern residierender Bischof.“ Diese Behauptung widerspricht den kirchenamtlich bekanntgegebenen Tatsachen, die im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz (S. 168) mitgeteilt worden sind; sie bedarf deshalb auch keiner neuen Richtigstellung mehr. Wie der amtliche polnische Nachrichtendienst dazu kommt, dem neuen Generalvikar in Breslau den Titel „Erzbischof“ zu verleihen, ist uns nicht bekannt. Es wäre möglich, daß der Heilige Stuhl ihm diesen Titel verleiht, wie ja z. B. auch der Koadjutor des verstorbenen Erzbischofs von Wien Titularerzbischof ist. Auch dieser Titel würde nichts an der Tatsache ändern, daß Msgr. Kominek Generalvikar dieses Erzbistums ist und als solcher in dem Erzbistum residiert, jedoch keineswegs zum residierenden Erzbischof von Breslau ernannt wurde, so wenig wie die in Allenstein und Danzig residierenden Weihbischöfe und Generalvikare residierende Bischöfe von Ermland und Danzig geworden sind.

Es wäre nicht notwendig, das von neuem mit dieser Ausführlichkeit festzustellen, wenn nicht auch in einem Teil der deutschen Presse von einer Nachgiebigkeit des Heiligen Stuhles gegenüber den polnischen Ansprüchen auf die deutschen Ostgebiete gesprochen worden wäre. Ganz besonders ist zu bedauern, daß der Direktor des Evangelischen Bundes, Pfarrer D. Wolfgang Sucker, die kirchliche Neuordnung in den deutschen Ostprovinzen dazu benutzt, um im Zusammenhang mit dem Reichskonkordat polemisch die Frage zu stellen, ob der Heilige Stuhl „wirklich noch die Neutralität gewahrt“ habe, „von der die vatikanischen Veröffentlichungen immer wieder gesprochen haben“. Da der Rechtsvorbehalt zugunsten

Deutschlands in der kirchenrechtlich eindeutigsten Form, die es gibt, ausgesprochen worden ist, kann man darauf nur mit der Gegenfrage antworten, ob Professor Sucker vom Papst verlangt, daß er die nun einmal in den deutschen Ostprovinzen lebenden Gläubigen etwa ohne oberste seelsorgliche Leitung hätte lassen sollen.

Was der Staat in dem neuen Abkommen der Kirche zugesichert hat, das wird in seinem Wert erst dann zu beurteilen sein, wenn Erfahrungen darüber vorliegen, in welcher Weise der Vertrag ausgeführt wird, und zwar dann, wenn der augenblickliche nationale Notstand überwunden sein wird. Kommunistische Wortführer in Warschau haben darauf hingewiesen, daß die Kirche in Polen nunmehr eine größere Freiheit genieße als in manchen Ländern des Westens. Selbst wenn das wahr wäre, würde es noch nicht sehr viel beweisen, weshalb denn auch vaticanische Kreise sehr reserviert sind. Erst die Erfahrung über lange Zeit kann zeigen, ob das Regime Gomulkas, selbst wenn es den Willen zur Demokratisierung und Toleranz hat, in der Lage sein wird, die geistige Wende zu vollziehen, die mit diesem Willen notwendig verbunden sein muß.

Jedenfalls aber ist es für die Katholiken in aller Welt eine Freude, zu vernehmen, daß mit dem neuen Jahr zunächst eine Zeit größerer Freiheit für die Glaubensbrüder in Polen angebrochen ist. Der Religionsunterricht in den Schulen wird auf Anordnung des Erziehungsministeriums wiederhergestellt, freilich nur am Ende des übrigen Schulunterrichts. Der letzte noch in seinem Amt behinderte Diözesanbischof, Msgr. Kaczmarek von Kielce, ist durch Urteil des Obersten Militärgerichts rehabilitiert worden und hat seine Amtstätigkeit wiederaufnehmen können. Das Gericht hat ausdrücklich festgestellt, daß das Urteil gegen ihn erwiesenermaßen auf falschen Zeugenaussagen beruhte. Die katholische Zeitung „*Tygodnik Powszechny*“ in Krakau beginnt unter der Leitung ihres früheren Chefredakteurs M. Turowicz wieder zu erscheinen. Kardinal Wyszynski erfreut sich voller Freiheit, in ganz Polen seines Amtes zu walten. Die Gläubigen haben im Advent und zu Weihnachten ihrer Freude durch überwältigende Anteilnahme an den Gottesdiensten Ausdruck gegeben. Weniger sichtbar ist zur Zeit noch die Form, in der sie auch im öffentlichen Leben ihrer Gemeinschaft Ausdruck geben werden. Die Pax-Organisation scheint trotz ihrer Versuche, in getarnter Form sich zu reorganisieren, ohne jede Zukunftsaussicht. Zur Zeit formieren sich drei neue katholische Gruppen im Raum der Gesellschaft, davon eine um die Person des ehemaligen Sejm-Abgeordneten Frankowski und eine um die neuerstandene Zeitung in Krakau, in der der bedeutende Dramaturg M. Jerzy Zawieyski die führende Rolle spielt. Eine umfassendere Tätigkeit mit Wirkungen nach außen konnten sie naturgemäß noch nicht entfalten.

Die Lage in Ungarn Am Neujahrstag begann in Budapest am Jahresanfang unter dem Vorsitz von Chruschtschew eine Geheimkonferenz des Ostblocks über die ungarische Frage. Polen und Jugoslawien waren nicht vertreten. Ebenso war die deutsche Sowjetzonenregierung der Teilnahme nicht gewürdigt worden. Zugleich mit dem Kommuniqué über diese Konferenz wurde die Regierungserklärung Kadars über sein Programm bekanntgegeben, in der das Ergebnis der Beratungen über die Zukunft Ungarns sichtbar geworden ist. Die Erklärung Ka-

dars läßt deutlich erkennen, daß eine Demokratisierung des kommunistischen Systems in Ungarn nach polnischem oder jugoslawischem Muster nicht zu erwarten ist. Sie verspricht zwar eine Demokratisierung und Dezentralisierung der Verwaltung, betont aber zugleich, daß das volksdemokratische Regime sich mit eiserner Faust Respekt verschaffen werde. Und das haben die Taten der ungarischen Machthaber in den Wochen des Monats Januar bestätigt: Todesurteile und Standgerichte, Verhaftungen und Zwangsarbeit, Unterdrückung der Arbeiterräte und der Versammlungsfreiheit kündigen eine Terrorherrschaft an, wie sie in den schlimmsten Zeiten der stalinistischen Ära bestand. Die Kollektivierung der Landwirtschaft soll beibehalten werden, und die Funktion der Arbeiterräte in den Industriebetrieben wird nur eine beratende sein. Genau wie die Betriebsräte in der stalinistischen Ordnung werden sie den Auftrag haben, „die Arbeiter an der Produktion zu interessieren und zusammen mit den Regierungs- und Gewerkschaftsorganen ein Lohn- und Prämiensystem aufzustellen“, das heißt die frühere Antreiberrolle neuerdings zu übernehmen. Kadar hat also alle wesentlichen Konzessionen zurückgenommen und ist endgültig auf den Weg der nackten Gewalt zurückgekehrt. Die meisten Beobachter glauben, er habe das gegen seine eigene Überzeugung getan und aus reiner Angst um sein persönliches Schicksal; denn er hat ja die Foltermethoden der Staatspolizei schon einmal in grausamer Weise an seinem eigenen Leibe erfahren. Die Sowjets zwingen ihn in ihren Dienst, weil sie ihre Gewaltherrschaft im Lande durch ungarische Organe ausüben wollen, aber niemanden finden, der Kadar ablösen könnte.

Das ungarische Volk ist in seiner ganz überwältigenden Mehrheit über alle politischen und sozialen Meinungsunterschiede hinweg darin einig, daß eine Zusammenarbeit mit der sowjetischen Tyrannenmacht ausgeschlossen ist. Die Regierung stützt sich ganz allein auf die sowjetischen Panzer und auf die neugebildete ungarische Staatspolizei. Weder bei den Arbeitern noch bei den Bauern noch in der Jugend findet sie die geringste Resonanz. Am 9. Januar zitierte Radio Budapest einen Artikel der kommunistischen Zeitung „Nepszabadsag“, der darüber Klage führt, daß „so viele ehrenwerte Kommunisten der sozialistischen Arbeiterpartei nicht beitreten wollen“. Die Partei habe heute in Budapest nur 21 000 Mitglieder.

Zwar werden die Möglichkeiten zu offenem Widerstand allmählich immer geringer. Wahrscheinlich wird man den Arbeitern auch die Waffe des Streiks aus der Hand nehmen, deren sie sich so erfolgreich bedient haben. Aber es scheint kaum denkbar, daß der Kommunismus ihr Vertrauen zurückgewinnen und ihren passiven Widerstand überwinden wird. Mit hoher Sicherheit kann gesagt werden, daß Ungarn aus der Reihe der „Volksdemokratien“ ausgeschieden ist und heute nur noch eine Kolonie der Sowjets darstellt, deren Volk seine Unterdrücker mit den gleichen Gefühlen ansieht wie die Polen während des Krieges die deutschen Okkupanten. Die Strukturen der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind zusammengebrochen; die Aussichten auf echte Erfolge einer neuen kommunistischen ideologischen Propaganda, Schulung und Erziehung sind denkbar gering geworden. Die Absicht der Sowjets, durch die Regierung Kadar den ungarischen Kommunismus als Idee und Bewegung zu retten, ist gescheitert. Das wesentliche Kennzeichen der neuen Lage ist ein abgrundtiefer Gegensatz zwischen

Partei und Arbeiterschaft. Das eigentliche Widerstandszentrum sind die Arbeiterräte. Zum ersten Mal sind die Kommunisten gezwungen, ihre Herrschaft mit Gewalt denjenigen aufzuzwingen, als deren Repräsentanten sie auftreten, den Arbeitern. Diese Tatsache kann leicht zu einer Epoche in der Geschichte des Kommunismus führen; denn ihre Wirkung auf die übrigen Satellitenvölker und selbst auf das russische Volk kann nicht ausbleiben. Schon mehrfach sind die Sowjets gezwungen gewesen, ihre Besatzungstruppen in Ungarn in kurzen Zeiträumen abzulösen, da immer wieder Fraternalisierungserscheinungen beobachtet werden. Für den Zusammenhalt des ungarischen Volkes ist bezeichnend, daß die Lebensmittelversorgung in den Städten sich gebessert hat, weil die Bauern sich der Stadtbevölkerung verbunden fühlen und abgeben, was sie können, ohne ihre derzeitige starke Stellung durch Forderung von Überpreisen auszunutzen. Es gibt keinen schwarzen Markt für Lebensmittel, während die übrige Versorgung nahezu zusammengebrochen ist. Es besteht heute im ganzen Volk nur der eine Wille, in nationaler Einigkeit schließlich die Freiheit zu erringen.

Kirchliche Nachrichten

In seiner Regierungserklärung berührte Kadar auch kurz die Frage der Religionsausübung, die er dem privaten Belieben der einzelnen Bürger anheimstellte. Im Einklang damit hat das Erziehungsministerium angeordnet, daß jeder Schüler der öffentlichen Schulen am Religionsunterricht teilnehmen kann, ohne daß dazu wie bisher ein schriftlicher Antrag der Eltern vorgelegt werden muß. Die Religionsstunden werden sogar in den Stundenplan eingefügt, wenn mehr als die Hälfte der Schüler einer Klasse daran teilzunehmen wünscht.

Von weitergehenden Verhandlungen zwischen Kadar und dem katholischen Episkopat ist noch nichts bekannt geworden. Dagegen wurde gemeldet, daß über die Regelung des Verhältnisses zu den Reformierten Verhandlungen begonnen haben. Wie das „Informationsblatt für die niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“ (30. 11. 56) mitteilte, hat der wieder eingesetzte lutherische ungarische Bischof Ordasz an Bischof Lilje geschrieben, daß die Verwaltung der lutherischen Diözesen und Gemeinden nun wieder ganz in den Händen der Gläubigen ist. Das kirchliche Leben sei jetzt unbehindert. Man könne Gottesdienste halten, Religionsunterricht erteilen und die kirchliche Liebestätigkeit ausüben. Ebenso wie Bischof Ordasz war auch der reformierte Bischof Laszlo Ravasz Ende Oktober wieder in sein Amt zurückgekehrt, das er 1948 an Bereczky hatte abtreten müssen. Der „Evangelische Pressedienst“ teilte aber am 28. Dezember mit, daß die Synode diese Anordnung widerrufen habe und daß die Entscheidung über die Besetzung dieses Amtes noch offen sei. Möglicherweise bildet diese Frage den Hauptgegenstand der Verhandlungen, von denen oben die Rede war. Über die Antwort des Moskauer Patriarchen Alexius an die Präses Held und Wilm der rheinischen und westfälischen Landeskirchen bezüglich der Deportationen berichten wir an anderer Stelle dieses Heftes (S. 230).

Die Ungarnhilfe

Während die westliche Welt das ungarische Volk in seinem Freiheitskampf nur durch ihre innere Anteilnahme unterstützen kann, die in einem unablässigen Bemühen um eine Intervention der Vereinten Nationen auch wei-

terhin den Beweis für ihre Ehrlichkeit erbringen muß, darf wenigstens die Hilfe für die ungarischen Flüchtlinge und Vertriebenen nicht erlahmen. Ihre Zahl ist auf 160 000 angestiegen. Eine zu Beginn des Monats Januar veröffentlichte Statistik des Deutschen Roten Kreuzes über die Ungarnhilfe beziffert die Einnahmen an Barspenden auf 9 631 000 DM und die Ausgaben auf 6 916 000 DM. Die Sachspenden betragen im Zentrallager Ebenhausen bis Weihnachten 1 847 Tonnen. Die Caritaszentralstelle Passau hatte 748 Tonnen Sachspenden erhalten, wovon mehr als die Hälfte auf Textilien entfiel. Die Spenden werden als durchweg hochwertig bezeichnet. Diese Zahlen erfassen längst nicht alle Spenden, die ja auf den verschiedensten Wegen geflossen sind. Und doch besteht die Sorge, daß diese Welle der Hilfsbereitschaft zu früh verebben könnte. Die schwere Aufgabe der menschlichen und beruflichen Eingliederung der Vertriebenen ist noch kaum in Angriff genommen.

Die Kirchenverfolgung in der Tschechoslowakei

Die tschechischen Kommunisten standen im vergangenen Jahr während der Umwälzungen in Polen und Ungarn gehorsam an der Seite der Sowjets. Auf der Plenarsitzung ihres Zentralkomitees am 5. und 6. Dezember 1956 legten sie im Anschluß an eine Rede des Ersten Parteisekretärs Novotny ein Bekenntnis zur unbedingten Führung der Sowjetunion ab. Einer eindeutigen Stellungnahme gegenüber Polen wichen sie allerdings aus. Sie beschränkten sich darauf, den polnischen Umschwung als „Vereitelung aller Anschläge der internationalen und inneren Reaktion“ zu bezeichnen und zu erklären, daß die achte Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei „eine große Rolle bei der Lösung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Probleme in Polen übernommen“ habe. Sie billigten das sowjetische Einschreiten in Ungarn „zur Verteidigung des volksdemokratischen Systems“ und erteilten der These Titos von der Eigenständigkeit der nationalen Wege zum Sozialismus die von Moskau verordneten scharfen Zensuren.

Die Frage, die viele unserer Leser sich stellen, warum in der Tschechoslowakei nicht Ähnliches geschah wie in Ungarn und in Polen, ist schwer zu beantworten. Es gibt zwei Antworten: Eine hat, nach einem Besuch im Lande, der Korrespondent der „Welt“, Wolfgang Weinert, gegeben („Die Welt“, 30. 10. 56): „In den Gesprächen . . . kam ich, zögernd erst, zu der Ansicht, daß der Kommunismus in diesem Land . . . seit acht Jahren organisch gewachsen ist. Einer der Männer, mit dem ich darüber sprach, machte mich darauf aufmerksam, daß in der Tschechoslowakei schon zu Zeiten der ersten Republik die kommunistische Partei viele eingetragene Mitglieder hatte; 360 000 sollen es im Jahre 1921 gewesen sein.“ Weinert schildert den Gegensatz zwischen der realistischen, sozusagen unpolitischen, auf wirtschaftliche Ziele ausgerichteten Tätigkeit der tschechischen Funktionäre und dem bramarbasierenden Kommunismus der Sowjetzone. Die Tschechen, meint er, haben in aller Stille der wirtschaftlichen Vernunft Konzessionen gemacht und auf diese Weise Katastrophenlagen vermieden, die in den Nachbarländern eine revolutionäre Ausgangssituation schufen. Die andere Antwort auf unsere Frage erhielt der Korrespondent einer anderen Nation, ebenfalls auf einer Reise durch die Tschechoslowakei. Ihm erklärte eine Persönlich-

keit des öffentlichen Lebens in vertrautem Gespräch: „Wir Tschechen machen dann Revolution, wenn sie gewonnen wird.“ Auch dieser Sprecher meinte, es sei zur Zeit das Richtige, sich mit den Kommunisten zu arrangieren, weil sie recht leise aufträten.

Das Religiöse spielt in der Auseinandersetzung des tschechischen Volkes mit seinen Beherrschern bekanntlich nicht ganz dieselbe Rolle wie in Polen oder Ungarn; wenigstens nicht in Böhmen und Mähren. Die tschechische Parteiführung ist wendig genug, den Slowaken etwas größere Konzessionen zu machen. Während sie den Erzbischof von Prag, Msgr. Beran, nach wie vor seit dem 19. Juni 1949 in Gefangenschaft hält — einer komfortablen Gefangenschaft, wie es heißt —, ließ sie im vergangenen Jahre zwei slowakische Bischöfe frei, Msgr. Vojtassak von Zips, 79 Jahre alt, und Msgr. Buzalka, Weihbischof von Tyrnau, 71 Jahre alt. Sie wies beiden Prälaten allerdings Zwangsaufenthalte in geistlichen Häusern an. Ein weiterer slowakischer Bischof, Msgr. Pobožny, erlangte die Jurisdiktion über die Administration der Diözese Rosenau zurück, nachdem er das Treueversprechen zur Verfassung abgegeben hatte, das der Erzbischof von Prag beharrlich verweigert. Der Bischof erschien im Anschluß an seine staatliche Rehabilitierung auf einer Versammlung von 300 Priestern der Vereinigung „St. Cyrill und Methodius“, der sogenannten patriotischen Priester, die unter Vorsitz des exkommunizierten Ministers Dr. Plojhar ein Bekenntnis zur Regierung ablegte. Dieses Ereignis kennzeichnet die Auffassung des Klerus. Der eine Teil der Geistlichen sucht sich durch den Verfassungseid die Möglichkeit zu seelsorglichem Wirken offenzuhalten; der andere Teil hält einen solchen Eid nach dem Vorbild des Prager Erzbischofs für nicht vereinbar mit dem Gewissen. Er verzichtet lieber auf die öffentliche Ausübung des Amtes. Die Gläubigen nehmen zwar die Dienste der „prêtres assermentés“, um einen Ausdruck aus der französischen Revolutionszeit zu gebrauchen, in Anspruch, stehen ihnen aber persönlich mit äußerstem Vorbehalt gegenüber.

Im tschechischen Landesteil gibt es nach dem Tode des Bischofs von Königgrätz, Msgr. Picha, keinen amtierenden Bischof mehr. Die möglichst vollkommene Ausschaltung der Hierarchie ist, wenn man die Verhältnisse in Polen oder Ungarn zum Vergleich heranzieht, das deutlichste Symptom für den Grad der Verfolgung, der die Kirche in der Tschechoslowakei ausgesetzt ist.

Eine Veröffentlichung des inzwischen an das Kultusministerium angegliederten Kirchenamtes vom Mai 1956 sucht diesen Sachverhalt zu bestreiten, indem sie auf das reguläre kirchliche Leben im Lande hinweist. Der „Osservatore Romano“ hat in verschiedenen längeren Aufsätzen (13. 5., 19. 9., 18. 10., 8. 12. 56) geantwortet: Niemand stellt in Abrede, daß in der Tschechoslowakei wie in den anderen kommunistischen Ländern die Freiheit des Gottesdienstes im großen ganzen respektiert wird. Aber mit Hilfe dieser Konzession versucht man, die Kirche in den Dienst der kommunistischen Ideologie zu zwingen. Diese Hinterhältigkeit ist das Signum der derzeitigen Verfolgung.

Diese Kennzeichnung wird durch folgende Angaben belegt: In der ganzen Tschechoslowakei existieren nur zwei Priesterseminare, in Leitmeritz und in Preßburg. Beide Seminare dürfen jährlich nur je zwanzig Theologen neu aufnehmen. Sämtliche Orden im Lande sind aufgehoben.

Soweit die Ordensleute nicht freiwillig in die Welt zurückkehrten, wurden sie zu Zwangsarbeiten konfiniert. Die Zahl der eingekerkerten Ordensleute beträgt mit Sicherheit mehr als fünftausend. Ebenso sind mit Sicherheit mehr als tausend Priester in Konzentrationslagern inhaftiert. Mit diesen Zahlen hält die Tschechoslowakei den traurigen Rekord unter den Ländern, in denen die Kirche verfolgt wird.

Eine Gesamtbetrachtung der östlichen Länder um die Jahreswende zu 1957 ergibt deutlich, daß die Lage der katholischen Kirche jeweils in einer Relation zum Selbstbewußtsein des kommunistischen Regimes steht. Aber auch in einem Lande, wo dieses Regime im Augenblick verhältnismäßig gesichert ist wie in der Tschechoslowakei, ist nach allen Berichten, die der Herder-Korrespondenz im vergangenen Jahre zugegangen sind, der Glaube durch den Druck der kommunistischen Gewalt zu einem mächtigen unterirdischen Strom gewachsen. Nur scheinbar ist in der Tschechoslowakei die „religiöse Befriedung“ gelungen, von der das tschechische Kirchenamt im Mai 1956 sprach. Die stark gestiegene Anteilnahme am gottesdienstlichen Leben, die einzige Möglichkeit zum Bekenntnis des Glaubens, bezeugt, daß die tschechischen Katholiken dank der kommunistischen Verfolgung ein Glaubensbewußtsein erlangt haben, wie sie es in ihrer Geschichte vielleicht noch nie besessen haben.

Aus dem Nahen Osten

Zur Lage der Christen im Nahen Osten

Die kriegerischen Ereignisse um den Suez-Konflikt haben die Auseinandersetzungen zwischen den Missionsschulen und der Regierung in Ägypten (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 406, 507) in den Hintergrund treten lassen. Noch vor Ausbruch des Suezkrieges konnte zwischen den katholischen Schulen und der ägyptischen Regierung eine Einigung erzielt werden, bei der die Regierung den Wünschen der katholischen Schulen etwas entgegenkam:

Danach gestatten die katholischen Schulen den Koranunterricht. Der Unterricht findet in gesonderten Räumen (darauf hatten die meisten Schulen bestanden), aber „innerhalb“ der Schule statt. Es darf im Rahmen des Koranunterrichts nichts gelehrt werden, was für den christlichen Glauben beleidigend sein könnte. Der Raum, der für den Unterricht bereitgestellt wird, darf nicht als muslimische Kultstätte benutzt werden.

Im Rahmen dieser Vereinbarung hat das Unterrichtsministerium zwar seine Forderungen durchgesetzt, jedoch in einer Form, die für die christlichen Schulen zweifellos tragbar ist (vgl. ds. Jhg. S. 172).

Die jüngsten Ereignisse haben den Schulstreit jedoch ohnehin gelöst, da Ägypten seine „kulturellen Beziehungen“ zu England und Frankreich abgebrochen hat. Es liegen zwar noch keine Nachrichten über die wirkliche Bedeutung dieser ägyptischen Regierungserklärung vor; es ist jedoch zu befürchten, daß hiervon auch die englischen und französischen Missionsschulen betroffen werden, d. h., daß der überwiegende Teil dieser Schulen geschlossen werden wird. Hinzu kommt die Ausweisung der Engländer und Franzosen aus Ägypten.

Während die Schulfrage vor allem die Missionsschulen betrifft, d. h. weniger die große Menge der in Ägypten lebenden Christen, könnte ein neues Gesetz, das kürzlich

erlassen wurde und das die Auflösung *aller* Vereine verfügt, für die christlichen Gemeinden in Ägypten umfassendere und gefährlichere Folgen haben.

Diesem Gesetze entsprechend müssen sich alle kulturellen, caritativen und künstlerischen Vereine auflösen. Sie sollen nach Überprüfung ihrer Statuten wieder zugelassen werden, wenn diese nicht gegen die geltenden Gesetze bzw. gegen die „öffentliche Ordnung“ verstoßen. Die ägyptische Regierung will sich, wie es scheint, auf diesem Wege die Kontrolle über alle Vereine sichern und wird wohl die ihr nicht genehmen Gesellschaften in Zukunft nicht mehr zulassen. Eine weitere Bestimmung desselben Gesetzes verfügt, daß der Beitritt zu einer Vereinigung, die ihren Sitz im Ausland hat, künftig nur mit besonderer Genehmigung der Regierung gestattet ist. Die Regierung behält sich die Kontrolle über die Finanzen aller sozialen und caritativen Institutionen vor.

Das Gesetz gibt der ägyptischen Regierung die Möglichkeit, vor allem die Finanzen der caritativen Organisationen zu kontrollieren. Es ist gut möglich, daß sie es dabei nicht so sehr auf die christlichen Missionsgesellschaften abgesehen hat (die fast ausschließlich durch europäische bzw. amerikanische Organisationen unterhalten werden) als vielmehr auf die sehr erheblichen Mittel der muslimischen Stiftungen (Wakf), die etwa dem „Kirchenvermögen“ entsprechen. Auf jeden Fall werden aber die Missionsgesellschaften davon betroffen werden. Darüber hinaus wird die relative Autonomie der einheimischen christlichen Kirchen gefährdet, denn mit den Finanzen wird schließlich die gesamte Aktivität der Kirchen kontrolliert werden.

Im übrigen bleibt abzuwarten, welchen Gebrauch die Regierung von diesem neuen Gesetz machen wird. Die innenpolitische Situation in Ägypten ist vorerst noch vollkommen unübersichtlich, es scheint jedoch nicht wahrscheinlich, daß es die ägyptische Regierung gerade jetzt zu neuen Spannungen mit den immerhin über zwei Millionen zählenden einheimischen Christen kommen lassen will. Im Gegenteil versucht das Propagandaministerium unter dem Motto „Die Religion ist Gottes, das Vaterland aber allen“ durch Plakate, die Kirchtürme und Minarets nebeneinander zeigen, die nationale Einheit in Ägypten zu fördern.

Ob diese Politik von Dauer sein wird, muß sich erst zeigen — daß sie von ehrlichen Gefühlen getragen wird, ist ohnehin zu bezweifeln. Bisher läßt sich kein Anhaltspunkt dafür finden, daß die Regierung oder die großen muslimischen Unternehmen ihre diskriminierende Personalpolitik den einheimischen Christen gegenüber aufgegeben haben.

Syrien

Auch in Syrien ist die Situation unübersichtlich. Der zunehmende sowjetische Einfluß in Syrien muß sich früher oder später auch in der Innenpolitik des Landes auswirken. Im Gegensatz zu Ägypten existierten in Syrien eine starke sozialistische und eine gutorganisierte und sehr einflußreiche kommunistische Partei. Es besteht immerhin die Gefahr, daß Sozialisten und Kommunisten, die in Syrien sehr eng zusammenarbeiten, den Versuch machen werden, die Regierungsgewalt mit russischer Unterstützung an sich zu reißen. Daß eine derartige Entwicklung für die Christen im Lande keine guten Folgen haben würde, ist gewiß.

Die starke antifranzösische Bewegung in Syrien trifft vor

allem die christliche Bevölkerung, da die Missionsinstitute, die besonders der Betreuung der einheimischen Christen dienen, überwiegend französische Gründungen sind. Bei einem Proteststreik gegen die Verhaftung der algerischen Rebellenführer wurden in Aleppo drei französische Schulen (von denen zwei von Ordensfrauen geleitet wurden) in Brand gesteckt.

Die Schließung der französischen Institutionen in Syrien, die angesichts der herrschenden antifranzösischen Tendenz als durchaus möglich erscheint, würde die christlichen Gemeinden in Syrien, die kaum über eigene Schulen und Krankenhäuser verfügen, aufs schwerste treffen.

Jordanien

Auch in Jordanien scheint der Fortbestand der katholischen Schulen, die zum großen Teil durch Missionsinstitute unterhalten werden, in Frage gestellt zu sein. Gesetzesvorschläge zur Revision des Schulgesetzes von 1954, das der jordanischen Regierung vor allem die Kontrolle über den Lehrplan und das Unterrichtsmaterial sicherte, liegen vor. Die neuen Gesetzesvorschläge sehen bei den Privatschulen eine Unterscheidung zwischen „nationalen“ und fremden“ Schulen vor. Bei den letzteren sollen die Einschreibungen durch das jordanische Erziehungsdepartement überwacht werden. Verwaltungs- und Lehrerposten sollen in Zukunft nur noch Jordanier innehaben.

Die katholischen Schulen verfügen zwar über eine gewisse Anzahl einheimischer Lehrkräfte, da aber in Jordanien ohnehin ein großer Mangel an Lehrern herrscht, müßten fast alle katholischen und wohl auch die meisten protestantischen Schulen den Unterricht einstellen. Das Ziel der neuen Gesetzesvorlage scheint denn auch tatsächlich die Schließung der katholischen Schulen zu sein.

Auch der „freie Zugang zu den Heiligen Stätten“, der von den UN im Teilungsbeschluß von 1947 gefordert wurde und der bisher wenigstens den Christen gegenüber mehr oder minder respektiert wurde, wurde in diesem Jahr behindert. Den englischen, französischen, australischen und neuseeländischen Konsuln, die ihren Sitz im israelischen Teil Jerusalems haben, wurde die Teilnahme an der alljährlich zu Weihnachten stattfindenden Pilgerfahrt nach Bethlehem verweigert. Aus Protest haben die meisten Angehörigen des konsularischen Korps in Jerusalem ihre Teilnahme an der Pilgerfahrt abgesagt, so daß die bereits zur Tradition gewordene Pilgerfahrt des konsularischen Korps zum ersten Mal seit 1918 nicht stattfinden konnte.

Der freie Zugang zu den Heiligen Stätten ist bisher durch keinerlei Verträge gesichert. Grundsätzlich haben sich zwar die Regierungen Israels und Jordaniens dazu verpflichtet, den Zugang nicht zu behindern, eine allgemeine Regelung dieser Frage ist jedoch nicht erfolgt. Die Internationalisierung Jerusalems sollte neben dem Schutz der Heiligen Stätten auch den freien Zugang gewährleisten. Sowohl die israelische als auch die jordanische Regierung haben den Beschluß der UN, in dem die Internationalisierung der Heiligen Stadt beschlossen wurde, abgelehnt. Bisher hat sich allein Israel bereit erklärt, wenigstens ein internationales Statut für die Heiligen Stätten auszuarbeiten. Dieses Angebot wurde jedoch nicht angenommen, da die Anerkennung eines solchen Statuts eine endgültige Lösung, wie sie der Internationalisierungsbeschluß vorsieht, präjudizieren könnte.

Aus den Missionen

Daß unter den Einwohnern Lateinamerikas die Priester- und Missionsberufe zahlreicher werden. Missionsgebetsmeinung für März 1957

Am 29. Juni 1955 hatte Pius XII. in seinem Schreiben an den Vorsitzenden der ersten gesamt-lateinamerikanischen Bischofskonferenz, die im Anschluß an den Eucharistischen Weltkongreß zu Rio de Janeiro tagte, besonders auf den Priestermangel in diesen Gebieten hingewiesen, die mehr als ein Viertel

der katholischen Weltbevölkerung umfassen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 16). Dieser Priestermangel sei das härteste der lateinamerikanischen Probleme und von allen Gefahren, die dort der Kirche drohten, die größte. Dementsprechend hat sich die Bischofskonferenz intensiv mit der Lage des Priesternachwuchses beschäftigt und entsprechende Vorschläge zur Behebung der Not nach Rom gesandt. Der ständige Bischofsrat der Kirche Lateinamerikas, dessen Gründung auf der Konferenz beschlossen wurde, hat inzwischen im November 1956 unter Beteiligung von 17 Bischöfen als Vertretern der einzelnen Metropolen bzw. Ländergruppen erstmalig in Bogotá, dem ständigen Sitz des Rates, getagt und sich wiederum eingehend mit der Frage des Priesternachwuchses befaßt, die als das Kardinalproblem der Kirche Lateinamerikas bezeichnet wurde.

Auf die Priesternot selbst soll hier nicht erneut eingegangen werden, nachdem die Herder-Korrespondenz darüber im Laufe der letzten Jahre ausgiebige Informationen brachte (vgl. 8. Jhg., S. 458; 9. Jhg., Soziographische Beilage Nr. 2 sowie S. 43 und 458; 10. Jhg., S. 506).

Vor einer Katastrophe?

In der letzten Zeit haben sich in der katholischen Weltpresse, die jetzt für das Problem weit geöffnet ist, die Artikel gehäuft, die eine unmittelbare Katastrophe voraussagen, wenn das Priesterproblem nicht in aller kürzester Zeit gelöst wird. Der Heilige Vater hatte aber schon in seinem obenerwähnten Brief an die lateinamerikanische Bischofskonferenz erklärt, er könne sich im Vertrauen auf Gott und unter Anrufung des Schutzes Mariens, der Königin Lateinamerikas, nicht der pessimistischen Schau jener anschließen, die aus der gegenwärtigen Lage schlimme Folgen erwarten. Bei Anwendung geeigneter Mittel zur Weckung und Pflege von Priester- und Ordensberufen lasse sich voraussehen, daß in relativ kurzer Zeit dem Priestermangel abgeholfen werden könne. Der Papst erhofft sogar, daß Lateinamerika sich bald an der Weltmission der Kirche beteilige. Inzwischen solle der Episkopat sich beharrlich bemühen, Priester aus anderen Ländern der Welt zu Hilfe zu rufen. In einer Rundfunkansprache an den Eucharistischen Kongreß zu Caracas (Venezuela) vom 16. Dezember (vgl. „Osservatore Romano“, 17./18. 12. 56) wandte sich der Heilige Vater erneut gegen die Erzeugung einer Panikstimmung in Hinblick auf das Priesterproblem des Erdteils. „Wir erheben Unsere Stimme nicht zu einem Alarmruf, da Unser Vertrauen auf die göttliche Barmherzigkeit weiter geht als alle menschliche Voraussicht. Unser Ruf ist kein Angstschrei, da Unsere Hoffnung sich auf festere Beweggründe stützt, als sie alle rein menschlichen Motive darstellen.“ In dieser Gesinnung formulierte der Heilige Vater vor dem Kongreß das Gebet: „Berufe, o Herr, viele Söhne dieser Länder zum Priestertum, damit sie mitten unter ihren Bewohnern Missionare deines Wortes, deiner verzei-

henden Erbarmung und deines sakramentalen Leibes seien und auf daß ihnen nie jener heilige Ort fehle, an dem du Tag und Nacht in Verhüllung lebst, um sie zunächst in diesem Leben, dann aber in der Ewigkeit glücklich zu machen.“

*Die Aktion des neugeschaffenen lateinamerikanischen
Bischofsrates*

Das Vertrauen auf die Hilfe der göttlichen Vorsehung entbindet natürlich die ganze Kirche (also nicht bloß jene Lateinamerikas) nicht davon, alle natürlichen Mittel anzuwenden, um eine sehr ernste Situation zu wenden, die auch ihre weltkirchlichen Bezüge immer mehr enthüllt. Während Konsistorial- und Propagandakongregation, von den Bischöfen um eine erneute Hilfsaktion gebeten, sich unablässig bemühen, Orden, Kongregationen bzw. Provinzen von Orden und Kongregationen, die bisher keine Aufgaben in Lateinamerika übernahmen, dort zum Einsatz zu bringen, ermöglichen es der relative Stillstand der Mission in weiten Teilen Asiens, das Freiwerden von aus Asien vertriebenen Missionskräften und die Unmöglichkeit, manche für die Missionen in Indien, Ceylon, Birma und Indonesien vorgebildete Kräfte wegen der Drosselung von Einreisen dort einzusetzen, Priester für Lateinamerika freizugeben, die sonst nie dorthin gesandt worden wären. Der neugebildete Consejo Episcopal Latino-Americano (CELAM) hat inzwischen die Vorarbeiten zur Inangriffnahme des Problems des Priesternachwuchses auf breitester Grundlage und unter Austausch der in allen Ländern Südamerikas gemachten Erfahrungen in Angriff genommen. Dem Generalsekretariat wurde eine eigene Untersektion für Klerus-, Ordens- und Berufsfragen angegliedert. Ein neugeschaffenes Statistisches Büro soll endlich die genauen statistischen Unterlagen über Katholikenzahl, Priesterzahl, Seminaristenzahl usw. schaffen, die selbst auf der großen Bischofskonferenz von Rio de Janeiro des Jahres 1955 von dem Spezialberichterstatler der Konferenz für diese Fragen nicht gegeben werden konnten. Diesem lag nur ein lückenhaftes Zahlenmaterial von 1950 vor. Weiterhin ist ein Soziologisches Institut für ganz Lateinamerika geplant, dessen Sitz noch bestimmt werden soll. Damit würde die Möglichkeit geboten, nicht nur die Seelsorgsfragen auf der Grundlage einwandfreier soziographischer und soziologischer Gegebenheiten zu durchleuchten, sondern auch das Priesterproblem mit den gleichen wissenschaftlichen Mitteln zu erforschen. Die ganzen Fragen der Anpassung der Kirche an die grundverschiedenen Kultursituationen in den einzelnen Ländern und sogar innerhalb eines einzelnen Landes (Küstenzivilisation, Caboclo-Kultur, Primitivenzivilisation) spielen in der Frage der Weckung von Priesterberufen eine so wichtige Rolle, daß erst ihre klare Erkenntnis eine erfolgverheißende Lösung des Priesterproblems möglich macht (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 458). Zu begrüßen ist auch, daß der Bischofsrat beginnt, einzelne seiner Mitglieder zu gesamtamerikanischen Tagungen und auch zu internationalen katholischen Kongressen zu delegieren. Diese sind so gezwungen, alle ihre eigenen Fragen in größeren Zusammenhängen zu sehen, zu vergleichen, neue Problemstellungen zu erkennen und vor allem auch Fühlung mit den einschlägigen Bemühungen in Europa und Amerika zu nehmen. Es ist für die lateinamerikanische Kirche nicht gut, wenn nur ihre im Lande wirkenden ausländischen Missionsbischöfe sich in der übrigen westlichen Welt zeigen.

Der einheimische lateinamerikanische Episkopat muß aus seiner (historisch verständlichen) splendid isolation heraustreten. Die Zusammenführung der Welt durch äußere und innere Entwicklungen, die ihre Parallelerscheinung innerhalb der Weltkirche hat, ist eine mächtige Hilfe, um eine solche Entwicklung zu beschleunigen. Es war auch eine sehr kluge Forderung Roms, daß Mittelamerika mit Südamerika zu einer Gesamtbischofskonferenz zusammengeschlossen würde. Damit wurde innerhalb der Kirche eine zwangsläufige Entwicklung vorweggenommen, die außerhalb der Kirche in Lateinamerika noch diskutiert wird. Gerade die mittelamerikanischen Republiken und die Inselstaaten am Karibischen Meer können nur in lebendiger Verbindung mit der Kirche Südamerikas ihre religiösen Aufgaben lösen.

Erwachen zu eigenem Verantwortungsbewußtsein

Es ist der führenden Bildungsschicht Lateinamerikas nicht entgangen, daß die religiösen Probleme des Erdteils in den Vordergrund der Betrachtungen der christlichen Kirchen und sogar nichtkirchlicher Instrumente der Meinungsbildung außerhalb des Erdteils getreten sind. Weite Kreise entnehmen aus der Art, wie diese Betrachtungen geführt werden, daß der Priestermangel dem nationalen Ansehen in der Welt schadet. Sie haben mit Verwunderung vermerkt, daß man Anstoß an der traurigen wirtschaftlichen Lage und der sozialen Minderachtung des Klerus nimmt. Sollten diese Regungen in der öffentlichen Meinung zu einem größeren öffentlichen Interesse für das Priesterproblem und zu einer „Aufwertung“ dieses Standes im gesellschaftlichen und kulturellen Leben führen, so wäre damit auch der katholischen Jugend die Wahl des Priesterberufes psychologisch erleichtert. Ungemein interessant ist im Rahmen solcher Betrachtung der Schritt, zu dem sich der neue brasilianische Staatspräsident Juscelino Kubitschek zu Ende des vorigen Jahres entschloß. Er nahm demonstrativ an der Eröffnung des neuen Kleinen Seminars (also der Vorbereitungsschule für die eigentlichen priesterlichen Studien) der Erzdiözese Olinda-Pernambuco teil und hielt dort eine Rede an die jungen Leute, in der er sich mit Stolz als ehemaligen Schüler des Kleinen Seminars seiner Vaterstadt Diamantina vorstellte und erklärte, er habe dort nicht nur seine erste Schulbildung erhalten, sondern auch seine erste große Liebe zur Kirche gewonnen. Wörtlich führte er dann aus: „Ihr habt eine große Aufgabe. Alles materielle Wirken, alle politische Tätigkeit ist nichts ohne den Glauben . . . Groß und hoch ist eure künftige Verantwortung. Es gibt keine größere als die eure, weil das Feld, das ihr beackern werdet, jenes der Seelen ist.“ Der Präsident bat dann die Seminaristen um ihr Gebet, damit er mit Weisheit, Geduld und Klugheit Brasilien regiere. In welchem anderen Lande der Welt würde heute ein Staatspräsident eine Rede bei der Eröffnung eines Kleinen Seminars halten?

Langsam ansteigende Nachwuchszahlen

Nach den Statistiken von 1950, die der Bischofskonferenz von 1955 vorgelegt wurden, gibt es in Lateinamerika 178 Kleine und 111 Große Seminare, von denen allerdings einige als „verödete Seminarier“ bezeichnet werden. Man zählte damals 5545 Alumnus der Theologie und Philosophie. Auf je 27 000 Einwohner kam ein Theologiestudent. Die Verteilung der Seminaristen auf die einzelnen Länder und Gebiete ist sehr ungleich. Absolut an der Spitze stehen Porto Alegre und São Paulo in Bra-

silien mit 500 bzw. 1000 Seminaristen. Woher diese Blüte in einem sonst doch so priesterarmen Erdteil? Kenner der Verhältnisse führen sie darauf zurück, daß in diesen Gebieten das Anpassungsproblem an diesog. „Caboclo-Kultur“ nicht besteht. In einer „europäischen Optik“ herangebildete Priester kommen hier aus einer europäischen Einwanderungsschicht mit starkem kulturellem Zusammenhalt und gehen in diese Schicht zurück. In Mittelamerika ist der Krisenpunkt namentlich innerhalb der sechs Festlandsrepubliken, deren Bischöfe sich jetzt zwecks gemeinsamen Handelns zu einer eigenen Konferenz zusammengeschlossen haben, noch nicht überwunden. Als die Kirche der Niederländischen Antillen um Einrichtung der Diözesanverfassung bat, machte Pius XII. die Gewährung der Bitte von der Einrichtung eines Seminars abhängig, das dann im Jahre 1955 in Curaçao mit neun Studenten gegründet wurde. Bisher studierten alle Seminaristen des Landes im Ausland (Typ der Kolonialkirche!). Auch in Panamá, auf Trinidad und Jamaica sind neue Seminaristen gegründet worden. Der lateinamerikanische Bischofsrat will jetzt der Schaffung von Interdiözesan-Seminarien, die sich in den Missionen so bewährt haben, besondere Aufmerksamkeit schenken. Leistungsschwache Diözesen können so ihre Vorbildung der Priester zusammenlegen, das Niveau der Studien kann durch Anstellung qualifizierter Fachdozenten gehoben werden, man spart Lehrkräfte und gibt vor allem den Seminaristen eine Atmosphäre frohen Zusammenhalts, gemeinsamen Strebens und einer Loslösung vom örtlichen Partikularismus, wie sie die Diözesanseminare gewisser südamerikanischer Diözesen mit ihren nur wenigen Alumnen nie geben können. Eine erfreuliche Neuerung wird aus dem priesterarmen Paraguay gemeldet. Hier haben 13 spanische Weltpriester, die von der neugegründeten bischöflichen Kommission für priesterliche spanisch-amerikanische Zusammenarbeit (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 203) nach sorgfältiger Vorbereitung ausgesandt wurden, die Leitung des ganzen Priesterseminars übernommen. Die lateinamerikanische Bischofskonferenz spricht von einer zufriedenstellenden Entwicklung in der Mehrung der Berufe. Prozentual zu der geringen Zahl der vorhandenen Priester ist das sicherlich der Fall. Nach F. Cavalli SJ (in „La Civiltà Cattolica“, 4, 1955) stellten im Jahre 1952 die Alumnen der Großen Seminare 40% des Klerus dar, während damals der entsprechende Prozentsatz in Belgien wenig über 16% lag. In der Dominikanischen Republik — ein Beispiel ausnehmend günstiger Entwicklung — standen 1954 44 Alumnen des philosophisch-theologischen Kurses einer fast gleichen Zahl von Priestern gegenüber. Wenn man aber erwägt, daß im ganzen Erdteil die jährlich zur Priesterweihe kommenden etwa 600 Alumnen gerade ausreichen würden, um die durch Geburtenzuwachs und Einwanderung jährlich gewonnenen 3 Millionen Neubürger seelsorglich zu erfassen, kann man ermessen welche gigantischen Anstrengungen noch nötig sind, um das Bild der Lage grundlegend zu ändern.

Die Bischofskonferenz beschloß im Juli 1955, in Zukunft die besten Theologiestudenten und jungen Priester zur Vollendung ihrer Ausbildung an das lateinamerikanische und das Päpstliche Brasilianische Kolleg in Rom zu senden. Auch die Priesterbildung in Lateinamerika selbst wird in hohem Maße aus dieser Ausbildung Nutzen ziehen, nicht nur wissenschaftlich, sondern auch pastoral, besonders in Richtung auf eine dynamische Haltung in der Akkommodationsfrage, die es ja auch in Lateinamerika

gibt, obwohl sie bisher viel zuwenig Beachtung fand. Für das Lateinamerikanische Kolleg, das im Jahre 1958 seine Hundertjahrfeier begeht, sammelt man zur Zeit im ganzen Erdteil, um die vier Millionen Dollar aufzubringen, die der Neubau kostet, dessen Fertigstellung im Jubiläumsjahr angestrebt wird.

Die Berufswerbung

Die katholische Kirche erhält in der ganzen westlichen Welt die meisten Priesterberufe aus den Mittelklassen. Diese Klassen sind aber in Lateinamerika fast unentwickelt. Daraus ist ersichtlich, wie sehr das Priesterproblem mit der Schaffung einer gesunden Sozialordnung verknüpft ist. Man muß sich zur Zeit in der Berufswerbung vornehmlich an die ärmeren Schichten wenden. Unter diesen Umständen ist bei der Armut der Kirche in den meisten Gebieten des Erdteils auch die Aufbringung der Mittel für die Priesterbildung ein arges Problem. Ein Kirchensteuersystem nach unseren Begriffen ist bei der nur losen Kirchenorganisation, den riesigen Entfernungen und der unvorstellbaren Streuung der Katholiken in den ländlichen Bezirken nicht durchführbar. Der Heilige Vater hat für Brasilien den Ausbau des Päpstlichen Werkes für Priesterberufe nachhaltig empfohlen, das zugleich den ideellen und den materiellen Aufgaben der Priestervorbildung dient. Für die Vorbereitung eines einheimischen Ordensnachwuchses kommt seit 1955 besonders das Päpstliche Werk für Ordensberufe in Frage. Bei der Weckung von Priesterberufen ist natürlich die religiöse Unwissenheit der Massen ein großes Hindernis, zugleich auch die Tatsache, daß der aus europäischem Denken und aus europäischer Kultur gebildete, meist ausländische Klerus dem Volke fremd geblieben ist. Er hat selten inneren Zugang zu der Zivilisation, die im Innern des Erdteils Gestalt anzunehmen beginnt. Die Schule kann auch nur selten für die Berufswerbung in Betracht kommen, da in diesem Erdteil eine sehr große Zahl von Jugendlichen keine Schule besucht, die kirchlichen Schulen gering an Zahl sind und es für den Religionsunterricht überall an Religionslehrern fehlt. Unter diesen Umständen kann ein geordnetes Zusammenwirken von Elternhaus, Schule, öffentlicher Meinung und Kirche in der Weckung und Pflege von Priesterberufen nicht erfolgen. Neuerdings angewandte Werbemittel, wie Volksmissionen, „Woche des Priesters“ usw., haben stellenweise Erfolge erzielt, aber sie sind kein Mittel, das allein Erfolge verheißt. Das Priesterproblem Lateinamerikas muß in tieferen Schichten angepackt werden als jenen der unmittelbaren Berufswerbung. Die Bischöfe sind sich auch dessen auf ihren Tagungen bewußt geworden. Der *circulus vitiosus* — Priesterangel erzeugt religiöse Unwissenheit, und religiöse Unwissenheit führt zum Priesterangel — kann nur durch einen geplanten Gesamtangriff des lateinamerikanischen Episkopats auf eine Reihe tief eingewurzelter Übel behoben werden, der gleichzeitig in Gang gesetzt werden muß. Vor der Lösung dieser Aufgabe steht vor allem der neue Bischofsrat zu Bogotá, der jetzt seine Sekretariate nach dem Vorbild der National Catholic Welfare Conference der Vereinigten Staaten organisiert, ohne diese kopieren zu wollen.

Ausländische Hilfe

Den 15700 Weltpriestern Lateinamerikas stehen fast ebenso viele Ordenspriester gegenüber. Sie sind zumeist ausländischer Herkunft und haben das Hauptverdienst

an der Rettung des lateinamerikanischen Katholizismus, wie sie auch die Bannerträger der eigentlichen Mission im Innern des Kontinents sind. Gegenüber der Gefahr, daß man jetzt durch die Verhältnisse in den Missionen Asiens frei werdende Kräfte ohne besondere Vorbildung in Lateinamerika ansetzt, muß darauf hingewiesen werden, daß man nicht ohne gediegene sprachliche und pastorale Vorbildung nach dort gehen kann. Auch ist keine fruchtbare Arbeit möglich ohne Kenntnis der kulturellen Situation, des sozialen Gefüges, der Geschichte und des Volkstums dieser Länder. Sonst wird das primitive Volk, wie jüngst ein deutscher Missionsbischof aus Brasilien schrieb, die Priester nicht verstehen und die Priester das Volk nicht.

Die kräftigste ausländische Hilfe kommt heute aus Spanien, das zur Zeit über 23 000 Weltpriester und über 20 000 Seminaristen zählt und bereit ist, dem spanisch sprechenden Amerika umfassende Hilfe zu leisten. Über Art und Form dieses Einsatzes hat die Herder-Korrespondenz schon berichtet (vgl. 8. Jhg., S. 353; 9. Jhg., S. 203; 10. Jhg., S. 106). Die Priester des im Jahre 1948 von den Metropolen Spaniens geschaffenen Werkes für die priesterliche Zusammenarbeit mit Spanisch-Amerika müssen sich mindestens für drei Jahre, aber nicht über fünf Jahre verpflichten und können bei Bewährung nach Wunsch in der Diözese ihres Einsatzes inkardiniert werden. Die ausgesandten Priester werden noch in Spanien gründlich auf ihre zukünftige Tätigkeit vorbereitet. Sie sollen in Gruppen von je dreien eingesetzt werden. Seit 1954 unterhält die Gesellschaft auch ein Priesterseminar für Lateinamerika in Madrid und hat in Rom zusätzlich das Collegio Mayor Sacerdotal geschaffen, um dort Priestern, die für besondere Aufgaben von den lateinamerikanischen Bischöfen angefordert werden, eine tiefere spirituelle und wissenschaftliche Bildung zu geben.

Wenig bekannt und doch jeder Unterstützung wert ist das im November 1953 von Kardinal van Roey mit Unterstützung der übrigen belgischen Bischöfe geschaffene und dem Schutz der Löwener Universität unterstellte Collegium pro America Latina, das Kandidaten aus ganz Westeuropa aufnimmt. Es hat jetzt, unter Leitung des bekannten Löwener Philosophieprofessors Kanonikus Dr. Ferdinand Van Steenberghen stehend, nach kleinen Anfängen ein von Redemptoristinnen geräumtes Kloster mit 55 Zimmern bezogen (rue de Tervueren, 56), wird aber bei der schnellen Entwicklung des Seminars sich bald nach einem neuen Heim umsehen müssen. Bisher fanden auch zwei Deutsche im Kolleg Aufnahme. Der Generalsekretär, Abbé Promper, ist ebenfalls Deutscher (ein in Aachen geborener Priester der Diözese Lüttich). Die 48 Studenten (darunter 10 Priester) erhalten bzw. vertiefen ihre theologische Vorbildung an der Löwener Katholischen Universität, während sie im Kolleg Spanisch und Portugiesisch lernen und mit allem vertraut gemacht werden, was sie über ihr künftiges Arbeitsfeld wissen müssen. Besonders glücklich ist es, daß die von ihren Bischöfen zu Studienzwecken nach Löwen gesandten lateinamerikanischen Priester mit den Seminaristen im gleichen Hause wohnen. Der Einsatz der Priester des Instituts — bisher wurden 11 ausgesandt — regelt sich nach ähnlichen Normen wie bei denen der spanischen Gründung. Auch sie sollen zu je dreien eingesetzt werden, um sie vor der Vereinsamung in priesterarmen Gebieten zu bewahren. Die Hälfte der jeweils ausgebildeten Kräfte soll in Seminarien eingesetzt werden, die andere Hälfte in der Seelsorge. Nach der Aus-

sendung ist die Bindung an das Kolleg nur noch moralischer, nicht rechtlicher Natur. Da die Bischöfe Lateinamerikas „bisweilen eine priesterliche Einwanderung aus Europa von wenig Wert erlebten“ (Abbé M. Sireau, Leiter des Lateinamerikanischen Zentrums in Löwen, in: „Bulletin de l'Union Missionnaire du Clergé“, Brüssel, Januar 1955), sind sie oft etwas mißtrauisch gegenüber europäischer Priesterhilfe. Das Kolleg will ihnen beweisen, daß es hervorragend ausgebildete, wahrhaft apostolische und selbstlose Priester sendet. Dementsprechend ist schon die Auswahl der Kandidaten sehr gewissenhaft.

Einsatz Lateinamerikas in der Weltmission

Ist es sicher, daß eine Beteiligung am Weltmissionswerk Frucht und Blüte eines katholischen Ganzheitsdenkens ist, so haben die Erfahrungen der Kirche andererseits gezeigt, daß auch religiös gebrechliche Länder durch Beteiligung am Weltapostolat eine außerordentliche innere Belebung erfuhren. Selbst Priesterangel im eigenen Land erfuhr oft dadurch eine rasche Behebung. Deshalb muß es das Ziel sein, auch das priesterarme Lateinamerika unmittelbar in die Arbeit der Weltmission einzuschalten. Dadurch gewinnt die Kirche Lateinamerikas auch einen zusätzlichen Kontakt mit dem Leben der Gesamtkirche, den sie so dringend braucht. Der Missionseinsatz im Innern des Kontinents, den schon ein paar lateinamerikanische Gesellschaften in lobenswerter Weise leisten, muß Erweiterung finden in der Entsendung von südamerikanischen Priestern in die Missionen der farbigen Welt. In den Gebieten der Propagandakongregation sind zwar von 24 974 Priestern 286 Lateinamerikaner. Sie wirken aber meist im eigenen Lande. Unter den 15 242 Priestern, die nach Asien, Afrika und Ozeanien in die Missionen der Propaganda Fide zogen, zählt man nur 32 Lateinamerikaner! In seinem Brief an Kardinal Piazza anlässlich der Eröffnung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von 1955 hatte der Heilige Vater der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Lateinamerika „sich jener Aufgabe unterziehe, die die göttliche Vorsehung diesem so großen Kontinent übertragen zu haben scheint, daß es nämlich auch anderen Völkern in Zukunft die ersehnten Gaben des Heiles und des Friedens bringe“. Die erste Konferenz des Bischofsrates zu Bogotá (November 1956) hat den Willen Lateinamerikas bekundet, dem Ruf des Papstes zu folgen und dabei vor allem auf das jüngst in Mexiko für die ausländischen Missionen gegründete Missionspriesterseminar als einen Anfang hingewiesen.

Die Missionsgebets- *Januar:* Für die Priester und Gläubigen, die in den Kerkern und Arbeitslagern Chinas um des Glaubens willen schwerste Leiden erdulden;

Februar: Daß die Kirche in Nordafrika in Frieden wirken könne;

März: Um die Zunahme der Priester- und Missionsberufe unter den Einwohnern Lateinamerikas;

April: Für die katholischen Schulen in Belgisch-Kongo und in Ruanda-Urundi;

Mai: Für die Festigung der Freiheit der Kirche in Pakistan;

Juni: Für die Rückkehr Skandinaviens und der benachbarten Länder zur Einheit der Kirche;

Juli: Für die Missionare auf den Inseln Ozeaniens;

August: Für die katholischen höheren Lehranstalten Australiens;

September: Für die Studierenden der Universitätskollegien Indiens;

Oktober: Daß die Katholiken der ganzen Welt den päpstlichen Missionswerken beitreten und sie tatkräftig unterstützen;

November: Um Zunahme der Missionsberufe unter der Jugend der Philippinen;

Dezember: Für jene, die im Fernen Osten vor der Herrschaft der Kommunisten fliehen mußten.

Abschaffung des Ausdrucks Eingeborenenklerus Durch eine Entscheidung der Propaganda-Kongregation ist der Ausdruck Eingeborenenklerus für die Zukunft in der offiziellen Terminologie abgeschafft. In den Dokumenten wie in der Umgangssprache soll künftig nur noch von einheimischem (lokalem) Klerus die Rede sein. Demgegenüber behält der Ausdruck Missionsklerus Geltung für die von auswärts gekommenen Priester.

Unruhen in Nordvietnam Ungefähr zur gleichen Zeit, als die Erhebung in Ungarn begann, nämlich in der ersten Novemberhälfte 1956, fanden auch in dem unter kommunistischer Herrschaft stehenden Nordvietnam Unruhen und lokale Revolten statt, in denen sich eine allgemeine Unzufriedenheit, zumal der katholischen Gegenden (in denen ein weltanschaulicher Druck, vor allem im Bereich der Schule, sich zu verschärfen begann), und die Empörung gegen eine harte und verständnislose Durchführung der Landreform Luft machte. Mitte Dezember sollen auch etwa 1000 Studenten der Universität Hanoi rebelliert und mehr Freiheit gefordert haben. Sie wurden durch Militär auseinandergetrieben. Über die Provinz Ughé-An soll wegen der Unruhen im November das Kriegsrecht verhängt worden sein.

Die herrschenden Zustände

Zuverlässige Nachrichten aus Nordvietnam sind natürlich, wie aus jedem kommunistisch regierten Land, nur schwer und spärlich zu erhalten. Es scheint, daß das Regime Ho Chi-minhs im ganzen nicht zu den strengen und starren gehört und in gewissen Bereichen vorsichtig vorgegangen ist, vor allem auch im religiösen. Hart ist man von Anfang an gegen die für das Gedeihen des nordvietnamesischen Staates gefährlich große Zahl derer vorgegangen, die das Land verlassen und in das freie Südvietnam umsiedeln wollten. Hunderttausende sind sogleich nach den Festlegungen der Genfer Konventionen 1954 abgewandert; Hunderttausende, die zuerst versucht haben, unter kommunistischem Regime auszuharren, haben später noch die Freiheit suchen wollen: diese sind jedoch auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten, ja auf Waffengewalt gestoßen, so daß die meisten von ihnen unter dem Zwang der Umstände dann doch im Norden bleiben mußten (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 171 ff., 549 f.; 10. Jhg., S. 171 f.). Die Zurückgebliebenen, darunter immer noch ungefähr eine halbe Million Katholiken, haben vor allen Dingen mit der allergrößten materiellen Not zu kämpfen. 1955 hat eine schwere Hungersnot in Nordvietnam geherrscht, und die Durchführung der Landreform nach russischem Muster hat die Produk-

tion aufs schwerste gelähmt. Die Regierung Ho Chi-minhs besaß keinerlei technische Kräfte, um diese Reform durchzuführen; man bildete dazu in wenigen Wochen junge Leute aus, die von Landwirtschaft nichts verstanden und kein Urteil über die Rentabilität eines Besitzes hatten. Viele wurden als „Grundbesitzer“ eingestuft, enteignet und verfolgt, auf die dieser Titel in keiner Weise zutraf, ja die zuweilen Vorkämpfer des roten Regimes gewesen waren. Rascher als irgendwo anders hinter dem Eisernen oder dem Bambusvorhang hat jedoch die Regierung in Hanoi ihre Irrtümer eingesehen. Schon am 17. August 1956 richtete Präsident Ho Chi-minh einen Brief an die „Kompatrioten auf dem Land“, in dem er sagte: „Es sind Irrtümer in der Vereinheitlichung des Bodens, in der Reform der Zustände auf dem Land, in der Politik der Bodenbesteuerung usw. begangen worden. Die Partei und die Regierung haben diese Lücken und Irrtümer ernstlich untersucht und einen Berichtigungsplan festgesetzt:

Diejenigen, die unrechtmäßigerweise als Grundbesitzer oder reiche Bauern eingestuft worden sind, müssen korrekt neu eingestuft werden. Die Parteimitglieder, die Kader und die Bevölkerung, die von einem falschen Urteil betroffen worden sind, müssen in ihre Ämter und Rechte wiedereingesetzt und ihre Ehre muß wiederhergestellt werden. Was die Grundbesitzer angeht . . ., so muß man die Grundbesitzer der Resistance, diejenigen, die die Revolution unterstützt haben oder deren Kinder bei den ‚can bo‘ (der kommunistischen Jugend) oder in der Armee sind, besonders berücksichtigen. In den Gegenden, wo die Anbauflächen und die Produktivität der Reisfelder übertrieben erhöht worden sind (nämlich als Grundlage der Abgaben), wird man dies berichtigen müssen . . .“ usw.

Offenbar sind aber diese Maßnahmen schon zu spät gekommen, um Revolten zu verhindern, zumal in der Region von Vinh an der mittleren Küste des Golfs von Tonkin. Die in jenen Gegenden zurückgebliebenen katholischen Dörfer — die Christen siedeln in Vietnam in Dörfern zusammen, wie auf der anderen Seite auch Dörfer als Ganzes buddhistisch oder konfuzianisch sind — sollen nach Meldungen, die durch Flüchtlinge nach Südvietnam gedrungen sind, bei diesen Revolten führend gewesen sein, doch haben auch andere mitgemacht. Junge Leute waren vor allem daran beteiligt. Die Revolten wurden rasch und, wie auch die Flüchtlinge bestätigen, ohne viel Blutvergießen unterdrückt. Radio Hanoi, also der Rundfunk der Roten Regierung, hat übrigens zugegeben, daß der Protest der aufständischen Bevölkerung gegen die „Mißgriffe bei der Durchführung der Agrarreform“ „gerecht“ war. Wann diese Aufstände genau stattgefunden haben, läßt sich nicht feststellen; offenbar hat es sich um eine ganze Anzahl kleiner, kurzlebiger Revolten gehandelt.

Lockerungsmaßnahmen

Auf Grund der gespannten Lage trat Ende Oktober der nordvietnamesische Ministerrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, auf der einerseits Wahlen für 1957 beschlossen wurden, „um es dem Volk zu ermöglichen, besser an der Leitung des Staates und der Kontrolle der Verwaltung teilzunehmen“. Andererseits wurden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. die demokratischen Organisationen des Volkes neu anzupassen und zu entwickeln;

2. der vor zehn Jahren ernannten Nationalversammlung größere Vollmachten zu gewähren;
3. die demokratischen Rechte des Volkes zu sichern und die Grundlagen der demokratischen Legalität zu verstärken (auf diesem Weg werden die zur Durchführung der Agrarreform geschaffenen Volkstribunale wieder abgeschafft);
4. neue Gesetze vorzulegen, die eine größere Bewegungsfreiheit und Meinungsfreiheit garantieren;
5. die Lebensbedingungen der Arbeiter durch ein vernünftigeres Lohnsystem zu heben (nach „Le Monde“, 2. 11. 56).

Ende November schrieb ein Sonderberichterstatter der „Croix“ unter dem Titel: Was geht in Nordvietnam vor? („La Croix“, 29. 11. 56), seit Mitte Oktober hätten sich in Nordvietnam große Veränderungen vollzogen. „Überall, jedoch besonders in der Gegend von Vinh, wo kürzlich die Aufstände stattgefunden haben, haben die Steuern und alle Arten von Abgaben die Bevölkerung in einem Maße zur Verzweiflung getrieben, daß die Regierung selber ihre Fehler zu 90 Prozent zugeben mußte!“ Die Indoktrinationsversammlungen sind eingestellt worden. Viele Gefängnisse wurden geöffnet, und die Gefangenen durften nach Hause zurückkehren. „Gewiß, das gibt den rund 100 000 Todesopfern des Regimes seit seiner Machtübernahme (diese Zahl geben die Leute dort an) nicht das Leben zurück, aber dieses Überbordwerfen von Ballast ist dennoch bemerkenswert.“

Nach der Ansicht dieses Sonderberichterstatters ist Nordvietnam gegenwärtig in der Schwebe zwischen dem russischen und dem chinesischen Einfluß. Ho Chi-minh ist der Mann, der zu China neigt; er hat den gänzlich unter sowjetischem Einfluß stehenden bisherigen Generalsekretär der vietnamesischen kommunistischen Partei, Truong Chinh, und mit ihm zugleich den bisherigen stellvertretenden Ackerbauminister und den Direktor der Verwaltungsangelegenheiten beim Staatsrat ihrer Posten enthoben. Größere Freiheit zeigt sich bereits in der Presse, die öffentliche Kritik zu üben beginnt. Eine weniger strenge Handhabung der Personenkontrolle macht sich bemerkbar, und auch auf dem Gebiet der Religionspolitik sind Erleichterungen fühlbar.

Die Lage der Kirche in Nordvietnam

Offiziell besteht in Nordvietnam Religionsfreiheit. Aber wie unter allen totalitären Regierungen ist diese Freiheit bisher in Nordvietnam mehr oder weniger illusorisch gewesen. Zwang oder List ist vor allem ausgeübt worden, um einen weiteren Abzug der katholischen Bevölkerung nach dem Süden zu verhindern, um die Priester zur Zusammenarbeit mit dem Regime zu gewinnen, um eine „patriotische Kirche“ zu gründen. Die eigentliche Last, die den nordvietnamesischen Katholiken und ihrem Klerus auferlegt wurde, war aber die, die einen großen Teil zumal der Landbevölkerung überhaupt traf: die unaufbringbaren Steuern und Abgaben. Wer diese nicht erfüllen konnte, dem wurde sein Land entzogen, und das ist auch mit dem Kirchenland bzw. dem bescheidenen Acker des Priesters geschehen.

Natürlich hat das Regime in Nordvietnam auch versucht, eine schismatische progressistische Kirche aufzuziehen, es gab ein Komitee von „patriotischen und friedliebenden Katholiken“ und eine Anzahl progressistischer Priester

aus Unkenntnis oder Angst; jetzt, da sich der Druck zu lockern beginnt, ist auch diese schismatische Gruppe wieder im Schwinden begriffen.

Ho Chi-minh (von dem ein so heftiger Kommunistengegner wie G. Naidenoff, der Chefredakteur der französischen Zeitschrift „Missi“, sagt, er sei im Gegensatz zu anderen roten Diktatoren ein sensibler Mensch, keineswegs unzugänglich für religiöse Dinge, vgl. „Missi“ Nr. 2, 1956) hat „aus Anlaß des Christfestes der katholischen Bevölkerung Vietnams seine herzlichen Glückwünsche“ ausgesprochen und seine Friedenshoffnungen mit dem christlichen „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden den Menschen, die guten Willens sind“ verbunden.

Die durch den Krieg beschädigten katholischen Kirchen, 109 an der Zahl, scheinen alle wieder aufgebaut zu sein, allerdings zum Teil von den Gläubigen selber.

Die im Lande überhaupt fehlende Freizügigkeit wirkte sich naturgemäß sehr erschwerend für die Seelsorge aus. Um eine Ortschaft zu verlassen, brauchte man einen Ausweis, der auf kürzere oder längere, immer jedoch auf begrenzte Zeit ausgestellt wurde. Fremde Missionare konnten ihren Wohnort gewöhnlich nicht verlassen (nach Fides-Nachrichtendienst, 7. 7. 56). Auch auf diesem Gebiet ist eine fühlbare Lockerung eingetreten.

Aber es scheint, daß schon vor der allgemeinen Lockerung der letzten Monate ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Christen gezeigt wurde. So hörte man schon im vergangenen Juli aus amtlichen Quellen, das Priesterseminar von Phat Diem sei wieder geöffnet und werde von 142 vietnamesischen Seminaristen besucht; insgesamt sollen sechs Priesterseminare in Nordvietnam ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können.

In einigen nordvietnamesischen Diözesen sind die katholischen Schulen bereits seit einigen Jahren geschlossen. Die Übernahme der Regierung durch Ho Chi-minh hatte jedoch bis vor kurzem keinen Einfluß auf die Tätigkeit der katholischen Schulen des Landes. Manche sind aus finanziellen oder anderen Gründen eingegangen; die Regierung kümmerte sich nicht um sie. Während der letzten Sommerferien jedoch beschloß die Regierung, ein neues Schulprogramm einzuführen, in dem das Studium des Marxismus einen breiten Raum einnimmt. Alle Professoren mußten sich zu ideologischen Lehrgängen melden. Die katholischen Lehrer weigerten sich kategorisch, an diesen Lehrgängen teilzunehmen, und die kirchlichen Stellen beschloßen, die katholischen Schulen nicht wieder zu öffnen.

Die Lage der Hierarchie

Das Gebiet von Nordvietnam umfaßt gegenwärtig zehn Apostolische Vikariate. Fünf von den Titularbischöfen, die an der Spitze dieser Vikariate stehen, sind mit den Flüchtlingen nach dem Süden gezogen. Die Bischöfe von Hanoi, Vinh, Hung Hoa und Langson sind jedoch im Lande geblieben, und an die Stelle des aus Altersgründen zurückgetretenen Bischofs von Bac Ninh hat der Heilige Stuhl im Sommer einen neuen Titularbischof ernannt. Im Januar 1956 tauchte einmal auf dem Weg über Saigon, die Hauptstadt von Südvietnam, die Nachricht auf, der Bischof von Hanoi, Msgr. Khué, sei in ein Konzentrationslager eingeliefert worden, weil er sich geweigert habe, progressistische Katholiken und Geistliche aus den osteuropäischen Satellitenstaaten, die zu Besuch in Vietnam weilten, in seine Kathedrale einzulassen. Das Gerücht war aber allem Anschein nach unbegründet. Jedenfalls ist Msgr.

Khué heute in Freiheit, und die Regierung hat ihm im Zuge der neuen Lockerung eine auf sechs Monate ausgestellte Erlaubnis zu freiem Umherreisen ausgestellt. Von den in Nordvietnam zurückgebliebenen Titularbischöfen sind zwei französischer Nationalität: der Bischof von Langson, Msgr. Hedde, und der Bischof von Hung Hoa, Msgr. Mazé. Als Ausländer hatten diese beiden Bischöfe bisher sich besonderen Beschränkungen zu unterziehen. Der „neue Kurs“ hat auch für sie erhebliche Erleichterungen gebracht.

Ökumenische Nachrichten

„Theologie der Abrüstung“ Der alte Streit um das sogenannte „prophetische Wächteramt“ der Bekennenden Kirche und das Wie seiner Wahrnehmung in der EKD ist von neuem entflammt. Kaum wurde auf dem Frankfurter Kirchentag der schwere Konflikt um die Unterschriftenaktion von Dr. Gustav Heinemann gegen das Wehrpflichtgesetz beigelegt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 46 und 10. Jhg., S. 553), ist er an einer anderen Stelle wieder ausgebrochen. Landesbischof D. Hanns Lilje hatte im November 1956 auf der Hannoverschen Landessynode anlässlich der sowjetischen Maßnahmen in Ungarn erklärt, daß die „Theologie der Abrüstung“, wie sie von verschiedenen kirchlichen Kreisen vertreten werde — gemeint waren die Anhänger der „Friedensbewegung“ — einen schweren Stoß erhalten habe. Aus diesem Stigma hat nun Dr. Heinemann in der „Stimme der Gemeinde“ (1. 12. 56) einen Kampfsartikel gegen D. Lilje geformt, der offensichtlich mit Entstellungen seiner Rede arbeitet, ihm unterstellt, daß er eine „Theologie der Aufrüstung“ (nämlich der Bundesrepublik) vertritt und sich für den reaktionären Kardinal Mindszenty einsetzt, der ebenso wie die Freiheitskämpfer durch die Überspannung ihrer Forderungen mitschuldig an dem Eingreifen der russischen Panzer geworden sei. Also ein politischer Agitationsartikel reinsten Wassers. Was den Kardinalprimas von Ungarn angeht, so können wir hier auf unsere Berichte über sein Verhalten verweisen (vgl. ds. Jhg., S. 133 und 188 f.).

Noch ehe D. Lilje antworten konnte, wurde der Aufsatz von Dr. Heinemann als Flugblatt herausgebracht und in die evangelischen Gemeinden geworfen. Im nächsten Heft der „Stimme der Gemeinde“ (Nr. 24 vom 15. 12. 56) griff Professor Oskar Hammelbeck mit einem Artikel „Nochmals Theologie der Abrüstung“ die Frage auf und spielte sie in die allgemeine Kirchenpolitik der EKD hinüber: Der Notstand der EKD sei vertieft, der schon in Espelkamp zutage getreten war (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 305 ff.). Er habe seine Wurzel darin, daß die zwölf gewählten Mitglieder des Rates der EKD nicht miteinander Abendmahl feiern können und wollen. Was den besonderen Anlaß betrifft, so wird mit Dietrich Bonhoeffer erklärt: „Es ist niemals Aufgabe der Kirche, dem Staat den natürlichen Selbsterhaltungstrieb zu predigen, sondern allein den Gehorsam gegen das Recht Gottes.“ Nun, das war unter Hitler gesagt. Aber das ist es ja gerade, daß diese Kreise um Dr. Heinemann, Präses Held, D. Niemöller — und nicht zu vergessen Propst Grüber — das von ihnen nach wie vor in Anspruch genommene prophetische Wächteramt mit demselben Eifer gegen die Bundesrepublik und gegen die „christliche Vernebelungs-

politik“ Dr. Adenauers und des westdeutschen Großbürgertums vertreten wie gegen das Hitlerreich. Damit die Gleichung stimmt, muß die CDU verteufelt werden. Landesbischof D. Lilje hat unterdessen im „Informationsblatt“ (Nr. 23 vom 18. 12. 56) selbst das Wort zu seiner Verteidigung ergriffen. Er bestreitet, in seiner Rede mehr Macht für die Bundesrepublik gefordert und überhaupt von Kardinal Mindszenty gesprochen zu haben (der übrigens in einem Aufsatz derselben Nummer des „Informationsblattes“: „Die Kirche und die Ereignisse in Ungarn“, gegen die neulichen Anwürfe von Propst Grüber verteidigt wird). Er fährt dann fort: „Was nun aber die ‚Theologie der Abrüstung‘ betrifft, so meine ich jene verhängnisvolle Mischung von politischer Stellungnahme und theologischer Beurteilung, die uns bei Heinemanns Freunden begegnet“, nämlich bei Professor Joseph Hromadka und den ungarischen Bischöfen der Gerö-Zeit, Janos Peter, Albert Bereczky, Laszlo Dezser und anderen, sämtlich Apologeten einer naiven Koexistenz mit dem Kommunismus. D. Lilje fährt sodann fort: „Mein schwerster Einwand gegen die ‚Theologie der Abrüstung‘ besteht aber darin, daß sie die Einheit der evangelischen Christenheit jahrelang auf das schwerste belastet. Natürlich hat jeder Mann das Recht zu seiner politischen Überzeugung. Aber es ist nicht erträglich, wenn — auch nur scheinbar — die Fragen der Abrüstung und der Wehrdienstverweigerung zum zentralen Thema der Verkündigung zu werden drohen . . . Es ist meine Überzeugung, daß die Kirche sich an solchen theologischen Irrtümern den Tod holen wird. Sie reicht dem Volk Steine statt Brot, wenn sie fortfährt, diese politischen Stellungnahmen mit dem Gewicht absoluter Wahrheiten zu vertreten und damit jenen leisen Hauch von Intoleranz bekommt.“

Dr. Heinemann und D. Lilje sind beide Mitglieder des Rates der EKD, und es ist in der Tat ein Notstand, daß ihre Auseinandersetzung außerhalb des Rates erfolgen muß.

8 Millionen Defizit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg Eine Kanzelerklärung, die Bischof Otto Dibelius zu Neujahr vor den Gemeinden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg verlesen ließ, macht eine ernste finanzielle Not offenbar und bittet die Gläubigen um ein außerordentliches Opfer. Es soll ein Defizit von 8 Millionen Mark zur Deckung bringen, andernfalls der Dienst der Kirche eingeschränkt werden müsse. Für den Unterhalt der Pfarrer, Katecheten, Gemeindegewertern, Organisten und anderen hauptamtlichen Helfer seien bei bescheidensten Ansprüchen 20 Millionen Mark notwendig. Die Sachausgaben erforderten nochmals 10 Millionen Mark, ungerechnet die gesamte Liebestätigkeit der Kirche. Obwohl die Evangelischen Kirchen nach der Verfassung der DDR Staatszuschüsse zu erhalten haben, werden ihnen, wie es in der Kanzelerklärung heißt, „seit einem Jahr bei der Ausübung ihrer Rechte in verstärktem Maße Schwierigkeiten bereitet. Eine neue Art der Steuereinzahlung im Demokratischen Sektor von Berlin hat einen Kirchensteuerverlust von jährlich 6 Millionen Mark zur Folge, die Staatszuschüsse der Berlin-Brandenburger Kirche sind um mehr als eine Million Mark im Jahr gekürzt worden. Auch die Beschränkung unserer Sammeltätigkeit hat einen Ausfall von mehr als einer Million Mark jährlich verursacht. Unsere Bitte an den Staat, hier Abhilfe zu schaffen, ist